

Bezugspreis:

Für den Monat September 200.- M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheinprovinz, sowie Österreich und Luxemburg 180.- M. für das übrige Ausland 200.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Island, Frankreich, Holland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Belustigt“ und der Beilage „Stellung und Ringen“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einspaltige Normzeile... Kleinanzeigen... Familien-Anzeigen...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 27. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Interaktions-Abteilung: D a n h o f f 2506-2507

Der Völkerbund und Oesterreichs Not.

Wien, 26. September. (Staatskorrespondenz.) Nach dem Gutachten des Finanzkomitees des Völkerbundes über die Pläne der Gründung einer österreichischen Notenbank ist das Komitee der Ansicht, daß der Plan bei einer entsprechenden Abänderung gemäß den folgenden Empfehlungen einen nützlichen, ja sogar unerheblichen Teil der notwendigen österreichischen Wiederaufbaumassnahmen bildet. Das Komitee ist jedoch der Ansicht: a) daß das geplante Kapital von 100 Millionen Goldfranken durchaus zu hoch ist, 30 Millionen dürften genügen; b) von der Garantierung des Bankkapitals sowie seiner entsprechenden Verzinsung durch den Staat sollte abgesehen werden; c) das Bankkapital soll durch private Zeichnungen aufgebracht werden; d) die gegenwärtige Bestimmung, daß die Generalräte und ihre Erfahrmänner, die von der Generalversammlung gewählt werden, der Bestätigung durch die Regierung bedürfen, sollte gestrichen werden. Das Komitee wünscht hervorzuheben, daß die Notenbank zur Wiederherstellung der Kreditorganisation Oesterreichs beitragen kann, wenn die energischen Reformen, welche zur Herstellung des budgetären Gleichgewichts notwendig sind, zur Durchführung gelangen und die für die Uebergangzeit unentbehrlichen Kredite erlangt werden. Selbst dann kann der endgültige Erfolg der Bank erst gesichert sein, wenn sich die wirtschaftliche Lage Oesterreichs fortschreitend verbessert.

Wien, 26. September. (WIZ.) Das Bundesgesetzblatt veröffentlicht eine Verordnung der Bundesregierung betreffend Genehmigung der Ausgabe von neuen Banknoten der Oesterreich-Ungarischen Bank zu 500 000 Kronen.

Abrüstungsdebatte in Genf.

Genf, 26. September. (WIZ.) Die Völkerbundsversammlung besprach heute die Anträge der dritten Kommission (Abrüstung), darunter die Resolutionsanträge über den Garantiepakt und die Douvener-Resolution über die Reparationsfrage. Lord Robert Cecil gab einen ausführlichen Ueberblick über die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage und trat für die Garantieverträge ein, die allerdings nicht zu Defensivabkommen alten Stiles werden dürften. Er schloß mit einem lebhaften Appell an die Einsicht der Völker, die wählten mühten zwischen Leben und Tod. Scialoja-Italien begrüßte die einzelnen Resolutionen, vor allem den Pakt, und warnte die Mitglieder der Kommission vor zu großen Kompetenzen des Völkerbundes in der Frage der Schulden zwischen den Staaten. De Douvener-Frankreich trat für den Garantiepakt und für seine Reparationsresolution ein. Er warnte vor Skeptikern, die diese Erfolge für Illusionen hielten. Es wäre verkehrt zu glauben, daß nur die Methoden der Industrie, der geistigen Arbeit usw. sich ändern könnten, nicht aber die der Politik und der menschlichen Beziehungen. Wie die Gesellschaft allmählich den Schutz des Individuums übernimmt, das zunächst seine Sicherheit nur in seiner eigenen Kraft sah.

So organisiert jetzt die Gemeinschaft der Nationen den nationalen Schutz.

Lie von den lateinischen Staaten und auch von Polen vertretene These wolle sich aber nicht ausschließlich an einen allgemeinen Pakt halten, sondern erwarte den wirksamsten Schutz von Sonderabkommen. Denn diese Völker wünschten, daß es zwei Mächte gebe, deren Einvernehmen die größte Gefahr bleibe, die eine, geheimnisvoll und unkontrollierbar, die vielleicht künftige Angriffe vorbereite und die andere, die ihr die Kadere dazu liefern könne (lies: Deutschland und Rußland. Red.). Die Invasion Belgiens und die jüngste Invasion Polens seien noch in aller Erinnerung. Die Mächte mühten also besondere Abkommen schließen, damit die Schwachen nicht auf Gnade und Ungnade imperialistischen und abenteuerlichen Regierungen ausgeliefert blieben. Douvener stellte die Ideale der französischen Revolution den machtpolitischen Auffassungen Deutschlands entgegen, wie sie Bismarck mit dem Wort „Macht vor Recht“ und Bethmann-Hollweg mit seinem Wort von dem „Fetzen Papier“ und auch Riehl (1) vertreten hätten. Es mühten daher auch die Begriffe verdrängt werden, die die Invasionen herbeiführt hätten. Aber es genüge nicht, nur künftige Invasionen zu verhindern, sondern es mühten auch die Spuren der letzten Invasion beseitigt werden. Dieser Absicht dienten die französischen Resolutionsanträge, sowohl der, die Heeresausgaben auf den Stand von 1913 zurückzuführen, als auch die Resolution des Redners, in der eine gemeinsame Lösung der Reparations-schulden gefordert wird. Frankreich wisse, daß es seine Mission sei, von einem Kontinent zum anderen zwischen den Kulturen zu vermitteln. Es müsse die Atmosphäre schaffen, deren der moderne Mensch bedürfe. (Ist das die Atmosphäre des besetzten Gebiets? Red.)

Frankreich habe den Krieg.

denn es könne ihn weniger als ein anderes Land vergessen, wolle es der Hüter der Gräber Englands, der Dominions, Italiens, Belgiens und der Freimwilligen sei, die aus fast allen im Völkerbunde vertretenen Völkern ihm zugestimmt seien. Daraus erwache ihm eine Pflicht gegenüber der Menschheit, die es nicht vergesse. De Douvener schloß mit der Erklärung, daß während des Krieges Frankreich die Deckungsgruppe für die Kultur abgab, daß es das Recht verlor und daß es den Frieden rettete, indem es für die Welt die Kämpfe kämpfte. Jetzt müsse die Abföhrung kommen, jetzt müsse die Menschheit Frankreich zurufen: Frankreich, ich bin zur Stelle. (Starker Beifall.)

In der Nachmittags-sitzung setzte die Völkerbundsversammlung die Aussprache über die Anträge des Abrüstungsausschusses fort, ohne zu einem Abschluß zu gelangen. Fisher-England, der wie de Douvener an die Invasion Belgiens durch Deutschland erinnerte, erklärte, wie bereits in der Kommission, daß Deutschlands Mitarbeit an der Lösung des Reparationsproblems wünschenswert sei. Er teilte seine Zustimmung mit zu der gemeinsamen Behandlung der Frage der Reparations-schulden und der interalliierten Schulden. Wenn der Völkerbund sich auch ohne den Wunsch der Regierungen nicht in die Frage einmischen dürfe, sei doch zu hoffen, daß, falls die Regierungen zu keinem Ergebnis kämen, der Völkerbund sich mit der Frage befassen würde. Symans-Belgien griff ebenfalls, und zwar sehr lebhaft, auf die Kriegserinnerungen zurück, hob nachdrücklich das unbestreitbare Recht Belgiens hervor, durch seine Angreifer entschädigt zu werden, warnte vor einseitiger (?) Abrüstung und betonte, daß trotz allen Willens, zu einer Beruhigung der Geister zu gelangen, die Erinnerung an die Toten, an den Heldennut der Krieger und an den Sieg des Rechtes weiter leben würde. Coudon-Holland wies auf das Interesse hin, das die ebenfalls schwer unter der Valutakrise leidenden Neutralen an einer Lösung der finanziellen Probleme und der Beruhigung der Geister haben. Gimeno-Spanien betonte den Friedenswillen seines Landes, das seine Mitarbeit an loyalen Werken der Versöhnung nicht versagen werde.

Der perische Delegierte hielt eine längere pazifistische Rede, in der er u. a. die Einberufung einer Konferenz für die Behandlung des Friedensproblems forderte, auf der auch die Vereinigten Staaten, Deutschland, Rußland und die Türkei vertreten sein sollten. Nachdem noch der dänische Delegierte Munch für die Anträge der interparlamentarischen Konferenz auf Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht eingetreten war, verlagte die Versammlung die weitere Debatte auf morgen, Mittwoch.

Türkischer Rückzug aus der Neutralzone.

London, 26. September. (WIZ.) Die türkischen Truppen, die gestern in die neutrale Zone eingedrungen sind, haben heute auf Befehl des Oberkommandos die Zone geräumt. Hoffentlich stimmt diese Meldung, die den Friedenswillen der neuen Türkei bezeugen würde. Beantwortet hat Kemal auf die Alliierten noch nicht. In Konstantinopel ist eine Konferenz der alliierten Oberkommissare zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen den Türken und Griechen eröffnet worden. Zur Abhaltung von weiteren Sitzungen in Marmara werde sie sich wahrscheinlich versetzen. Dort sollen dann die türkischen und griechischen Vertreter gehört werden.

Wie „Daily Mail“ aus Konstantinopel erfährt, sind der Großwesir, der Außenminister und der Innenminister der Regierung von Konstantinopel zurückgetreten. Es wird mit der Bildung einer nationalistischen Regierung und der Abdankung des Sultans gerechnet, der wahrscheinlich durch den Kronprinzen ersetzt werden wird.

Neuter meldet, daß zahlreiche Konstantinopeler Journalisten und auch etwa 10 000 dortige Griechen um Pässe für ihre Abreise ersucht haben.

In einer Note vom 24. September an die Entente verlangt Karachan unter notwendigem Protest gegen jede Regelung der Meerengenfrage ohne Mitwirkung Rußlands und unter entschiedener Betonung des alleinigen Besprechtes der Türkei an den Meerengen die Einberufung einer Orientkonferenz, an der vor allem auch die Uferstaaten des Schwarzen Meeres teilnehmen mühten.

In Smyrna haben die türkischen Behörden den Alliierten und Amerikanern bis zum 1. Oktober Zeit gegeben, die 50 000 in der Stadt zurückgebliebenen Flüchtlinge fortzuschaffen. Die dann Uebrigbleibenden sollen wegen Nahrungsmittel-mangels deportiert werden.

In Ostthrazien sollen die griechischen Ansiedler zur Flucht gezwungen worden sein. Aus Konstantinopel reifen die englischen Offiziersgattinnen ab.

Belmans-Abkommen in Kraft.

Die am 2. Juni 1922 zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission über die Ausführung der im Friedensvertrag übernommenen Sachleistungen getroffene Vereinbarung (sog. Cunthe-Belmans-Abkommen) ist, nachdem die belgische Regierung ihren Beitritt erklärt hat, Belgien gegenüber mit Wirkung vom 15. September 1922 ab in Kraft getreten.

Der serbische Justizminister Markowitch ist nach einer Havas-meldung in Paris angekommen, um mit der französischen Regierung und der Reparationskommission über gewisse Fragen, die besonders die Reparationsansprüche Serbiens betreffen, zu verhandeln.

Die Reparationskommission ist am gestrigen Dienstag um 3 Uhr zusammengetreten, um von der Uebergabe der deutschen Schatzkammer für Belgien Kenntnis zu nehmen und sie der belgischen Delegation zwecks Uebermittlung an die Brüsseler Regierung zu überreichen.

Hochschule und Republik.

Von Prof. Dr. R. F. Fuchs, Breslau.

In dem am 1. September 1922 erschienenen Heft der „Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen“ unterzieht Herr Professor Dr. R. Schend die zum Schutze der Republik an die Hochschulen ergangenen Beratungen des sächsischen und thüringischen Unterrichtsministeriums einer Kritik, die eigentlich milder ausgedrückt eine vollständige Umstellung der Tatsachen ist und einer unwerdigen Lächerlichmachung der verantwortlichen Regierungen gleichkommt, wie folgende Auslassungen zeigen:

Wer Professoren und Studenten näher kennt, weiß, daß, wie vertrieben auch die Weltanschauungen in diesen Kreisen sein mögen, niemand daran denkt, durch Gewaltmaßnahmen eine Veränderung unserer politischen Zustände herbeiführen zu wollen. Politischer Wortschwallbe bleibt Wahnsinn, gewalttätige Beunruhigung unseres schwererkrankten Volkskörpers und Störung des Genesungsprozesses ein Verbrechen; das ist die aufrichtige Meinung der gesamten akademischen Welt.

Deshalb war es auch nicht weise, für sie besondere Bestimmungen zu erlassen, welche die betroffenen Hochschulen zwar mit Ruhe entgegennehmen werden. . . . Denn ein Kampf gegen die Hochschulen bringt dem Lande keinen Vorteil; das Ausland, soweit ihm an einer Herabdrückung Deutschlands auch in geistiger und wissenschaftlicher Beziehung liegt, wird darüber frohlocken, und soweit es objektiv ist, wird es denken wie der französische Graf de Serre, welcher im Jahre 1818 an Niebuhr schrieb: „Gute Staatsmänner tun mir leid, sie führen Krieg mit Studenten.“

Zunächst möchte ich Herrn Professor Schend doch einmal bitten, bevor er von der „gesamten“ akademischen Welt spricht, sich zu erinnern, daß gerade Studenten an den Ermordungen republikanischer Staatsmänner, wie Eisner, Erzberger, Rathenau, sowie an dem mißglückten Attentat auf Scheidemann ganz wesentlich beteiligt waren, und daß Studenten und Professoren beim Kapp-Putsch besonders hervortraten. Sind Herrn Professor Schend die Namen seiner ehemaligen Breslauer Kollegen Heinel und Tafel ganz aus dem Gedächtnis entfallen? Weiß er nichts mehr vom Geiste, der an der Breslauer Technischen Hochschule — ebenso wie an anderen Hochschulen — herrscht, deren Rektor er war?

Ein würdiges Seitenstück zu dieser Umstellung der Tatsachen ist die Behauptung, daß die genannten Ministerien mit den an ihrer Spitze stehenden sozialistischen Ministern — das muß man zwischen den Zeilen lesen — einen Kampf gegen die Hochschulen führen. Die Hochschulen als Stätten wissenschaftlicher Lehre und Forschung sind nach von keinem Sozialisten bedroht oder bekämpft worden. Diese Ruhmesstaten sind einzig und allein Reaktionen vom Schlage Rittersichs und seinen späteren Nachfolgern vorbehalten geblieben, also jenen politischen Kreisen, die den Fakultäten politisch außerordentlich nahe stehen, die sich auch heute noch nicht zu einem ehrlichen Bekenntnis zur Republik aufschwingen können, trotzdem sie deren Beamte sind. Die genannten Regierungen und wir Sozialisten kämpfen nur gegen den Geist der Unkultur, Gehässigkeit, Unbuddsamkeit und Verlogenheit sowie gegen das augenverdreherische Pathos, die alle sich auf den deutschen Hochschulen dunkelhaft breit machen und die zu bekämpfen in den Augen der herrschenden Fakultätscliquen sogleich zu einem „Kampf gegen die Hochschulen“ umgedeutet wird.

Unsere Staatsmänner führen keinen Krieg mit Studenten. Sie bedürfen deshalb durchaus nicht des Mitleids, das nur bezwecken soll, sie der Lächerlichkeit preiszugeben. Noch schlimmer aber ist es, wenn den Regierungskreisen geradezu der Vorwurf gemacht wird, das geistige Zerfallswerk ungeratet Feinde zu fördern. Das ist nicht mehr und weniger als Volksverrat, dessen hier die Regierungen geziehen werden. Mit solchen Vorwürfen und Verdächtigungen wird eben jene Stimmung geschaffen, die zu gewalttätigen Ausschreitungen führt. Herr Professor Schend hat ganz vergessen, daß die unbegründeten Verdächtigungen, welche gegen Erzberger und Rathenau als Förderer feindlicher Vernichtungsbestrebungen erhoben wurden und sie zu „Schädlingen“ stempelten, erst die wahre Mordatmosphäre in Studenten- und Offizierskreisen schufen.

Nachdem Herr Professor Schend gegen die Staatsmänner unerhörte Beschuldigungen geschleudert hat, ruft er die Hochschulen zum Sturm gegen die Sozialdemokratie auf, wozu er sich die Unterstützung des Unterrichtsministeriums erbittet. Dieser Bitte hätte es, soweit Preußen in Frage kommt, gar nicht erst bedürft, solange Herr Staatssekretär Becker und seine Freunde jede ernsthafte Demokratisierung und Republikanisierung der Hochschulen so wirksam wie bisher zu verhindern wissen. Ohne diesen hohen Schutz würde Herr Professor Schend kaum seine Anklagen veröffentlicht haben. Desto unvorsichtiger in anderem Sinne ist er, wenn er Sätze wie die folgenden riskiert:

Wohin die Wünsche mancher politischen Kreise gehen, zeigt uns der Artikel eines Herrn Siegfried Kawerau im „Vorwärts“ vom 26. Juli d. J., der sich seine Vorstellung vom Wesen der Univer-

stäten und den dort herrschenden Zuständen sicher nicht nach eigener Anschauung geübt hat und seine hasserfüllten Vorwürfe aus ganz trüben Quellen schöpft.

Auch hier wird ein Mann, von dessen Wirken Herr Professor Schend keine Ahnung hat, in der unglaublichen Weise verdächtig. Wenn Herr Professor Schend sich auch nur im entferntesten um moderne Erziehungsfragen gekümmert hätte, was eigentlich jeder Hochschullehrer tun sollte — auch wenn er Chemiker ist —, dann müßte er wissen, daß „ein Herr Siegfried Kauerer“, zu den führenden entschiedenen Schulreformern gehört; daß er Historiker ist und anerkannte ikonographische Geschichtstabellen geschrieben hat, braucht ein Professor der Chemie allerdings nicht zu wissen. Die „ganz trüben Quellen“, aus denen Kauerer schöpft, sind die Universitäten selbst, die er als Dr. phil., angestellter Oberlehrer bzw. Direktor einer höheren Lehranstalt trotz der bestimmten Erklärung des Herrn Professor Schend sehr wohl aus eigener Erfahrung kennt. Aber der Artikel stand eben im „Vorwärts“, und darum konnte kein Verfasser die Universitäten unmöglich aus eigener Erfahrung kennen, sondern er mußte aus ganz trüben Quellen schöpfen. Das ist die Logik und die Leichtfertigkeit, mit der von den hohen Fakultäten gegen die Sozialdemokratie Stimmung gemacht wird und Dinge mit einer staunenswerten Bestimmtheit behauptet werden, die alles andere als wahr sind.

Herrn Professor Schends Ausführungen sind der beste Beweis dafür, wie notwendig eine wirkliche Demokratisierung der Hochschulen ist und wie wenig es gerade ihm zukommt, die Worte Voltaires von der tyrannischen Unduldsamkeit und der segenspendenden Duldsamkeit gegen die Sozialdemokratie zu richten.

Die geeinte Sozialdemokratie im Landtag.

Am Dienstag tagten, wie die P.P.R. hören, im preussischen Landtag die Fraktionsvorstände der Sozialdemokratischen Partei und der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zum ersten Male gemeinsam. Die gemeinsame Fraktionsführung nimmt morgen ihren Anfang. Der Vorstand der vereinigten Landtagsfraktion wird aus den Abgeordneten Limberg, Effen, Krüger, Heilmann und Leid als Vorsitzenden bestehen, zu denen als Beisitzer die Abgeordneten Schölich, Breslau, Grzesinski, Kassel, Bartels, Berlin, Lewerenz, Krejfeld, Hartwig, Stettin, Rabold, Berlin, Frau Kähler, Berlin und Frau Kunert, Halle treten. Es ist also der bisherige Vorstand der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion durch die drei unabhängigen Led, Rabold und Frau Kunert erweitert.

Die vereinigte Fraktion hat drei große Anfragen im Landtage eingebracht. Die erste fordert von der Regierung Auskunft über die Maßnahmen zur Verringerung der Teuerung, der Lebensmittelpnot und des Lebensmittelpwuchers. Die zweite fragt an, was die Regierung gegen den eingetretenen Stillstand der Bauten und Städtungsbauten zu tun gedenke, und in welcher Weise sie die Bekämpfung des Baustoffwuchers und die Unterstützung der sozialen Baubetriebe zu organisieren gedenke. Die dritte Anfrage weist auf die völlig unzulängliche Höhe der Arbeitslosenunterstützung im ganzen Reiche und ganz besonders im besetzten Gebiet hin und fragt die Regierung an, ob sie im Reiche sofort dafür sorgen wolle, daß die Arbeitslosenunterstützung pro Tag nicht länger hinter dem Stundenlohn der schlechtestbezahlten Arbeiter zurückbleibe.

Endlich wird die vereinigte Fraktion sofort einen Antrag einbringen, der sich auf das Wahlrecht der geflüchteten Oberschlesier bezieht. Der Antrag weist darauf hin, daß diesen von den Polen vertriebenen Deutschen aus den einseitigsten Gründen das Wahlrecht zu allen öffentlichen Körperschaften, auch zu den Gemeindevertretungen in Deutsch-Oberschlesien gegeben werden müsse.

Kinderelbstmorde.

Von Schwester Lydia Ruchland.

Der „Hygienischen Rundschau“ ist eine Statistik über Kinderelbstmorde in Baden zu entnehmen, wonach die Zahl der Selbstmorde bei Kindern unter 14 Jahren in den Jahren 1904—20 43 betrug, darunter 36 Knaben! Das Alter der freiwillig aus dem Leben geschiedenen bewegte sich zwischen 10 und 14 Jahren. Darunter befinden sich 6 Unselbstige. Die Art des Selbstmordes war in 22 Fällen Erhängen, 10 Kinder gingen ins Wasser, 5 ließen sich von der Eisenbahn überfahren, 4 erschossen sich und ein Kind stürzte sich von einer Höhe herab. In 10 Fällen konnte der Beweggrund zur Tat zuverlässig ermittelt werden. Meist handelte es sich um Furcht vor Strafe, in 5 Fällen lagen geistige Störungen vor. Nur in einem Fall war ein schlechtes Schulzeugnis die Ursache zur Tat.

43 Kinder! Von diesen waren 38 Knaben. Es scheint demnach, daß das Seelenleben der Knaben in dem Alter chaotischer, unorganischer ist, als das der Mädchen. In diese Jahre fällt die Reifezeit mit ihren gesteigerten seelischen Konflikten, der Laie spricht von „Regeljahre“ und gibt sich kaum Mühe, den Ursachen nachzuforschen, warum die Kinder in dem Alter so schwer regierbar, so ungleich in ihrem Wesen sind. Es leidet etwas und drängt zur Reife; zur Scheu vor dem Fremden, Unbekannten kommt in vielen Fällen die Unmündigkeit, sich einem anderen Menschen zu offenbaren, das macht sie herb, rauh, manchmal sogar roh — die meisten Eltern reden dann von „Fremdheit“ und wissen nicht, daß das neue Wesen der Kinder ein neues Werden zur Ursache hat. Man darf wohl sagen, daß im Leben der Kinder, die freiwillig aus dem Leben gehen, der schöne heilige Name „Mutter“ nur ein toter Begriff ist, daß diese Kinder nicht den Weg zum mütterlichen Herzen und Gestirben fanden. Ein fürchterliches Martyrium durchwandern alle die unverständlichen jungen Selbstmörder. In ihrer Kinderseele keimt wohl zuerst eine Sehnsucht, deren Unerfüllbarkeit sich in Wehmut wandelt, die allmählich in Schwermut übergeht und sich in dunkle Fernen verliert, bis eines Tages das Heimgenue in ihnen so stark wird, daß sie an allem verzweifeln, keinen Weg mehr sehen und ihrem Dasein ein Ende machen. Bei ihnen ist keine Mutterliebe, kein gültiges Versehen. Sie erlitten irgend ein Unrecht, das vergrößerte ihre Kinderseele zu einer Zeit, wo die innere Entwicklung heftige Krisen durchmachte, wo sie suchen und kosten bis zur völligen Hilflosigkeit, bis ihnen das Leben wertlos wird.

Kann es etwas Trostloferes geben? Nicht jedes unverständliche Kind macht seinem Leben gleich ein Ende. Aber es wendet sich ab von der, die ihm das Leben gab und neigt, oft viel zu früh, zum anderen Geschlecht; zu einer Zeit, wo ihm das Leben noch eine Fülle von Rätseln ist, die zu lösen nur mütterliche Hobeit berufen wäre. Erzwungen kann freilich keine Mutter das Vertrauen ihres Kindes. Vertrauen muß aus dem Verhältnis erwachsen, in dem Mutter und Kind seit früher Jugend zueinander stehen.

Wo das Vertrauen fehlt, muß Enttötung eintreten — wo bleibt da der Begriff: Familie!

Sch las in diesen Tagen das Buch des Sohnes der Lily Braun: „Aus dem Leben eines Frühvollendeten“ von Otto Braun. Manche unserer Älteren Genossen entfinnen sich dieses jungen Menschen als

Fehrs Rücktrittsdrohung.

Nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ soll sich Reichsernährungsminister Professor Dr. Fehr auf einer Landesvorstandssitzung seiner Partei, des Bayerischen Bauernbundes, dahin geäußert haben, „wenn er nicht heute in Berlin bei der entscheidenden Sitzung für den Preis des Umlagegetreides mindestens 33 bis 35 Proz. des Marktpreises durchsetze, werde er morgen nicht mehr Reichsernährungsminister sein.“ An amtlicher Stelle wird dem Sozialdienst auf Anfrage mitgeteilt, daß der Minister sich nicht in dieser schroffen Form geäußert habe. Nach anderen Informationen denkt er aber auch nicht daran, von seinen Plänen über die Erhöhung des Umlagegetreides abzugeben. Es besteht immerhin die Möglichkeit, daß sich aus dieser Angelegenheit Kompensationen ergeben.

Material für den Gefrier-Ausschuß.

Der bevorzugte Adel.

Zu unserer Notiz, die das völlige Ueberwiegen des Adels in allen höheren Kommandostellen der Reichswehr feststellte, mag folgende Mitteilung über bevorstehende Personalveränderungen als Ergänzung dienen:

Der Oberbefehlshaber des Berliner Gruppenkommandos, General der Infanterie v. Bergmann, wird demnächst in den Ruhestand treten und voraussichtlich durch den Oberbefehlshaber in Cassel, General der Artillerie v. Berendt, ersetzt werden. Als dessen Nachfolger in Cassel wird der frühere Kriegsminister und Chef der Heeresleitung, General Reinhardt, genannt, der augenblicklich als Landeskommandant von Württemberg das Kommando der dort stehenden 5. Division führt. Mit den Befehlshabern werden auch die Generalsstabschefs wechseln. In Berlin wird Oberstleutnant Freiherr v. Stockhausen durch den bisherigen Kommandeur des Potsdamer Infanterie-Regiments, Oberst v. Pawelz, in Cassel der als Bataillonskommandeur ins Infanterie-Regiment Nr. 12 nach Magdeburg versetzte Oberstleutnant v. Hammerstein durch den Obersten Freiherrn v. Bällwarth ersetzt werden. — Ein Bürgerlicher auf sechs „von“.

Neuterei aus Langeweile?

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer Montagabendausgabe einen längeren Bericht über Vorkommnisse bei dem in der Festung Pöhen liegenden Truppenteil der Reichswehr. Im großen und ganzen scheint die Darstellung der „Roten Fahne“ über den Vorfall, der bereits längere Zeit zurückliegt, zuzutreffen, wenigstens hat, wie die P.P.R. von zuständiger Stelle erfahren, die Heeresleitung bereits unter dem 7. August an sämtliche ihr unterstellten Truppenteile von dem Vorfalle durch einen Tagesbefehl Kenntnis gegeben, in dem es heißt:

Etwas ein Drittel der Mannschaft der drei Infanteriekompanien des 3. Infanterie-Regiments 2 veranstalteten am 10. Juli 1922 eine Versammlung und zogen dann geschlossen und teilweise bewaffnet nach der Kaserne, um ihre Forderungen: weniger Dienst, Abhebung der Unteroffiziere, Zahlung der rückständigen Teuerungszulagen vorzubringen. Angesichts der festen Haltung des Restes des Bataillons ließen sie sich jedoch auf der Kaserne widerstandslos entlassen und festnehmen. Bei einem Rädelsführer wurden sogen. Programmpunkte gefunden (sie enthalten Forderungen auf Entlassung der monarchistischen Offiziere und Mannschaften, Aufnahme von Verbindung mit arbeitenden Eisenbahnern, Entlassung der Unteroffiziere, Zahlung rückständiger Teuerungszulagen usw.). Neben polizeilicher Vernehmung hat besonders die Fremdeit und Langeweile der kleinen ostpreussischen Garnison dazu beigetragen, bei den meist aus Brandenburg und Mitteldeutschland stammenden Leuten Unzufriedenheit hervorzuufen.

Vielleicht untersucht der Ausschuß, ob es wirklich nur „Fremdeit und Langeweile“ waren, die bei den Soldaten Unzufriedenheit hervorriefen. Die Forderung nach weniger Dienst läßt nicht gerade auf Langeweile schließen, und ebenso glauben wir nicht, daß die Mannschaften durch das monarchistische Treiben der Offiziere nur „gefangen“ worden sind!

Schulknaben noch sehr gut. Fast alle waren erstaunt, ob seiner außergewöhnlichen Klugheit und Fröhlichkeit. Man möchte sein Buch in den Händen eines jeden Jugendlichen wissen. Schon allein wegen des wunderbar innigen Verhältnisses zu seiner Mutter.

In seinem Tagebuch finden sich Aufzeichnungen, die Zeugnis geben von dem überaus warmen Versehen, das Otto Braun bei seiner Mutter fand, auch da, wo seine Gefühle und Empfindungen dunkel und vermerkt der Nachsprache rangen.

Einmal schreibt der Eljährige an seine Mutter: „Möchte endlich der Tag kommen, an welchem ich mein Brot verdienen kann. Dann werde ich die goldene Paläse bauen zum Dank dafür, daß du mich geboren und erzogen hast.“ — Ein andermal: „Ich bin traurig, las viel und beherrschte mich —, das ist bei mir das Zeichen größten Schmerzes.“

Als Zwölfjähriger philosophiert er: „Was ist der Zweck des Menschen, was seine Herkunft? Woher entspringt das Leben? Was ist der Dinge Ursprung?“

Wenn dieses Suchen und Sehnen junger Kinder in der Zeit ihrer Menschwerdung keine Heimstätte hat, wo sie Versehen findet, wenn dann keine Mutter mit Güte und sicherem Einfühlen, zugleich mit starker Hand die Seele ihres Kindes aus dem Chaos führt, dann mag es wohl dahin kommen, daß sich ein Kind abwegig wird und alle Lust am Leben verliert, am Leben, was gerade in den Jahren voller Widersprüche und Unausgeglichenheiten ist.

Wie viele oder wie wenige Mütter mögen ihrer Aufgabe nach dieser Richtung hin gewachsen sein? Oder sollte die Einfühlung in fremdes Seelenleben dem Fremden leichter werden als dem Familienangehörigen seinen Gliedern gegenüber?

Sicher hat die neue Zeit die Aufgabe, Mütter zu schulen, um dem Problem seelischer Einfühlung näher zu kommen.

Schuliers „Reigen“ als Buch freigegeben. Vor zirka zwei Jahren war von einer Spezialstrammer bei einer Prüfung einer sehr großen Anzahl unzüchtiger Abbildungen und Schriften u. a. das Buch von Schuliers „Reigen“ beschlagnahmt und verboten worden. Das in der damaligen Verhandlung gesprochene und rechtskräftig gemordene Urteil diente der Staatsanwaltschaft wiederholt dazu, um Büchereemplare des „Reigen“ inzwischen zu beschlagnahmen. So wurden erst kürzlich bei dem Verleger 125 Exemplare konfisziert. Autor und Verleger versuchten, eine Freigabe zu erlangen, wurden aber abgewiesen. Nunmehr hat der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht auf Grund eines Antrages des Syndikus des Schutzbundes deutscher Schriftsteller die Freigabe des Buches angeordnet.

Projekt Wilhelm kontra Ludwig. Wie bekannt, hatte Wilhelm II. gegen der Schriftsteller Emil Ludwig wegen des Stückes „Die Entlassung“ Klage erhoben und beantragt, die Aufführung des Stückes ebenso zu verbieten, wie das Erscheinen des Werkes in Buchform. Er hatte auch den Antrag gestellt, durch einstweilige Verfügung bis zur Entscheidung des Prozesses die geplanten Aufführungen zu verbieten. Die 4. Zivilkammer des Landgerichts III hatte entschieden, daß Ludwig bis zur rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache die öffentliche Darbietung, insbesondere die Aufführung eines Stückes, zu unterlassen habe, gegen

Aus dem Briefe eines Teilnehmers an der Meuterei in Pöhen teilt der „Soz. Parlamentarier“ mit, daß 80 Soldaten eines Bataillons des Reichs-Infanterie-Regiments Nr. 2 in Inter-Ludungshaft saßen, während 30 andere Betrüger fristlos aus der Reichswehr entlassen wurden. Insgesamt sind 110 Soldaten wegen Meuterei angeklagt. Die Verhandlung findet am 29. und 30. September vor dem Landgericht in Lud statt. Nach den Darlegungen des Reichswehrsoldaten glaubten die Mannschaften des Bataillons berechtigte Ursache zur Beschwerte zu haben über die Behandlung, die sie von Seiten einiger Offiziere erfahren. Außerdem waren sie empört über die ungenierte Art, wie die monarchistische Propaganda betrieben wurde. Nach dem W o r d e an K a t h e n a u veranstalteten die Mannschaften des Bataillons eine Zusammenkunft, um sich über die Wünsche zu verständigen, die durch die Vertrauensleute dem Bataillonskommandeur vorgebracht werden sollten. Unterdessen wurde aber die Kaserne von Offizieren und Unteroffizieren besetzt. Als den Mannschaften das bekannt wurde, hielten sie sich aus dem alleinstehenden Gebäude der 2. Kompanie Waffens und machten sich zu einem Kampf gegen die Offiziere bereit. Darauf knüpften die Offiziere zum Schein Verhandlungen an, und mit dem Versprechen, daß ihre Beschwerte am nächsten Tage angehört würde, gaben sich die Soldaten zufrieden. In der Nacht wurden in den Kasernen die Waffens heimlich weggebracht und die Vertrauensleute und älteren Mannschaften verhaftet. Am die Zivilbevölkerung der Garnison zu täuschen, wurde am nächsten Tage ein Marsch durch die Stadt unternommen. Nach Rückkehr in die Kaserne wurden die Verdächtigen einzeln angeblich zu einer Vernehmung zum Bataillonskommandeur befohlen, in Wirklichkeit aber verhaftet, auf Lastautos verladen und unter Bedeckung mit Maschinengewehren ins Gefängnis gebracht. Die Soldaten beklagten sich bitter, daß ihnen von den monarchistischen Offizieren Absichten unterworfen wurden, die sie nie gehegt hätten. So wird behauptet, es seien W o r d- und Brandkommissionen gebildet worden. In Wirklichkeit sei es den Soldaten lediglich auf anständige Behandlung und die Entfernung der monarchistischen Offiziere angekommen.

Morath und der Denunziant.

Unter der Ueberschrift: „Der größte Schuft im ganzen Land...“ gleicht der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Morath die Schale seines Jornes über die bösen Republikaner aus, weil sie das „Gesetz zur Züchtung von Bestimmungslumpen“ gemacht und damit das Denunziantentum unter den Beamten großgezüchtet hätten. Mit dem „Bestimmungslumpen“-Gesetz meint Herr Morath das Gesetz über die Pflichten der Beamten.

Ein Reichstagsabgeordneter kann nicht alles wissen, zumal nicht, was in Preußen vorgeht. Und so ist es dem eifernden Herrn Morath ganz und gar entgangen, daß seine eigene Partei, die Deutsche Volkspartei, im Preussischen Landtag mit für das „Gesetz zur Züchtung von Bestimmungslumpen“ gestimmt hat! Wir kondolieren...

Aber wir müssen noch etwas weiter gehen. Wir müssen Herrn Morath, der so ganz sittliche Entrüstung gegen den Denunziantentum spielt, vor ein paar kleine Fragen stellen. Kennen Sie, Herr Morath, einen gewissen Reichstagsabgeordneten, der gegen den sozialistischen Landtagsabgeordneten Twardy ein Denunziantenbüchlein in Gestalt einer Kleinen Anfrage losließ, als Twardy befördert werden sollte? Kennen Sie, Herr Morath, den Reichstagsabgeordneten, der wiederum ein Denunziantenbüchlein in Gestalt einer Kleinen Anfrage gegen seinen Reichstags- und Berufscollegen, den demokratischen Abgeordneten Oberpostsekretär Deltius, losließ, als dieser zum Postrat befördert wurde und einen Postinspektor namens Morath weit überholte? — Und wer war es doch, der von Pontius zu Pilatus lief, um die Beförderung des Herrn Deltius zu hintertreiben, als sie verkaufbar wurde? Schließen Sie, Herr Morath, diesen Massenfabrikanten denunziantischer Anfragen mit ins Gebet ein, wenn Sie Ihr Sprichlein hertragen: „Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!“

Die Belgrader Polizei hat auf Verlangen der deutschen Gesandtschaft die weitere Aufführung des Films „Bier Jahre in Deutschland“ verboten; der Film wird in der Werbung vom Verbot als deutschfeindlich bezeichnet.

dieses Urteil hatte Ludwig Einspruch erhoben und die einstweilige Verfügung anzufechten versucht. Am gestrigen Dienstag fand eine Verhandlung vor dem Landgericht III unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse statt, in der grundsätzlich über die Klage Wilhelms entschieden werden sollte. Nach längeren Vorberedungen wurde die Verhandlung jedoch vertagt, da sich die Richter auf den Standpunkt stellten, zunächst die Entscheidung des Kammergerichts abzuwarten, die im Laufe des nächsten Monats zu erwarten sei.

Für die Einheitskurzschrift erklärte sich die Hauptversammlung des bayerischen Landesverbandes der Gabelberger Stenographenvereine. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der man dem Reichsministerium des Innern der öffentlichen Entwurf des Zeugnisses ausstellt, er sei geeignet, zur deutschen Einheitskurzschrift erhoben zu werden, vorausgesetzt, daß ihm zugleich die Redoschrift angegliedert werde. Die Versammlung ersuchte die bayerische Regierung, dem Entwurf zuzustimmen.

Eine Tragödie unter Tag. Es ist 3 Uhr, und das Gas kommt immer stärker. Diese Worte, die auf einem feinen Papier geschrieben und an dem Leichnam eines Bergmanns befestigt waren, wurden von einer Rettungsexpedition gefunden, die 22 Tage hindurch einen Tunnel gegraben hatte, um 47 verunglückte Bergleute zu bergen. Die furchtbare Tragödie, von der diese Worte lautmäßig Mitteilung machten, ereignete sich am 27. August in dem Argonautenbergwerk zu Jackson in Kalifornien. Die Bohrstift war der einzige Bericht von dem graufigen und verzweifelten Kampf mit dem Tode, den die 47 Männer ausgefochten hatten. Die Kohlendämpfe hatten sie in einem 3000 Fuß unter der Erdoberfläche gelegenen Schacht überflutet, als ein Feuer ausbrach. Während die anderen Bergarbeiter sich retten konnten, blieb diesen 47 kein Ausweg. Man konnte ihren Todeskampf aus verschiedenen Einzelheiten bei der Auffindung sich vergegenwärtigen. Die Rettungsexpedition drang bis zu einer Tiefe von 4200 Fuß unter Tag vor. Hier fand man eine höflich errichtete Barriere, durch die die Unglücklichen versuchten, das Vordringen des Gases zu verhindern. Die giftigen Dämpfe waren aber durch die Fugen im Holz hindurchgedrungen, so hatten die Männer sich noch tiefer hinuntergeflüchtet bis zu 4350 Fuß. In dieser Schicht fand man eine zweite Barriere; sie bezeichnete den letzten verzweifelten Versuch, das Vordringen des Gases aufzuhalten. Der Holzvorrat war bereits erschöpft, und so hatten die Unglücklichen ihre Kleider heruntergerissen und in die Lücken der Holzbarriere gehopft. Aber auch das war vergebens. Das Gas kam doch durch, und in einem neuen Versuch, sich durch Aufrichtung einer Wand zu wehren, wurden sie von den giftigen Schwaden überfallen, und so starben sie, die meisten nackt, alle dicht aneinandergedrängt. Der Todeskampf hat Stunden gedauert, und nach dem Urteil der Ärzte starb der letzte der 47 innerhalb 3 Minuten nach dem ersten.

Neue Flaggen des neuen Ostens. Die Veränderungen, die nach dem Kriege in der Staatenbildung des sog. neuen Ostens vor sich gegangen sind, haben eine ganze Anzahl neuer Flaggen entstehen lassen, da die neuen Staaten sich bereiten, sich Hoheitszeichen zuzulegen, und manche alten Staaten Änderungen vorzunehmen. Die Türkei hat ihre alte rote Flagge mit dem weißen Stern und dem abnehmenden Mond behalten, und ebenso Griechenland seine Fahne mit dem

Die Quellen Berlins.

Berlin hat einen jährlichen Wasserverbrauch von mehr als 100 Millionen Kubikmetern. Ein riesenhafter würfelförmiger Wasserturm von 470 Metern Seitenlänge müßte errichtet werden, wenn diese Wassermenge mit einem Male gesammelt werden sollte. Dieser Würfel hätte also annähernd die Höhe von 23 aufeinandergefügten Berliner Häusern. Trotz dieses ungeheuer erscheinenden Verbrauches sind hierbei ein großer Teil der früheren Vorortgemeinden (Blantenburg, Falkenberg, Heiligensee, Moßhagen, Müggelsee, Marienberg, Buch, Karow, Hellersdorf, Adow und Gaiow) noch nicht an die zentrale Wasserversorgung angeschlossen. Fast 2800 Arbeiter, Angestellte und Beamte sind in der Berliner Wasserversorgung beschäftigt. Nach der Bildung des neuen Berlin wurde auch für die Wasserwerke ein einheitlicher Etat aufgestellt. Man setzte einen hygienischen Beirat für die Werke unter dem Vorsitz des Stadtmedizinalrats ein, und das Hauptgesundheitsamt wurde mit der hygienischen Kontrolle der Wasserwerke beauftragt. Sonst aber verbleibt jeder „seiner“ Wasserwerke nach seinen eigenen Grundsätzen, von der wirklich erstrebenswerten einheitlichen technischen Leitung ist noch nichts zu bemerken.

Das Versorgungsgebiet.

Drei große Versorgungsgruppen sind im neuen Berlin zu unterscheiden: 1. Das frühere Berlin mit rund 2 Millionen Einwohnern, 2. die von den im Besitz befindlichen Charlottenburger Wasserwerken versorgten früheren südlichen Vororte mit etwa 1 Million Einwohnern, 3. die restlichen südöstlichen, östlichen und westlichen früheren Vororte, die von kommunalen Werken gespeist werden. 47 frühere Städte und Gemeinden werden in diesen drei Gruppen versorgt. Etwa 60 000 Wasserschlässe gestatten die Wasserentnahme in den Häusern. Die Werke der Stadt und die privaten Charlottenburger Wasserwerke teilen sich die drei großen Versorgungsgruppen, nur Rahnsdorf und Staaken werden von Wasserwerken der Kreis Riederbarnim (Kreiswasserwerk Uckermark) bzw. Osthavelland versorgt, dagegen sind an das in Stolpe liegende Pankower Wasserwerk die im Kreis Riederbarnim verbliebenen Gemeinden Stolpe, Schönfließ, Glienicke, Mühlentee, Schildow, Schönerlinde und Schönebeck angeschlossen.

Die Wassergewinnung.

Im allgemeinen herrscht Grundwasserförderung vor, nur 6 Proz. der gesamten Menge wird aus dem Müggelsee als Oberflächenwasser gewonnen. Die Befestigung der Oberflächenwassergewinnung war schon einmal früher in Berlin beschlossen worden, allein wegen der ungeheuren Kosten, die Neubauten heute erfordern, ist der Plan unterblieben. Schließlich ist der Müggelsee eine ausgezeichnete Reservoir, und die Wasserwerke Müggelsee sind so eingerichtet, daß sie auch einer erheblichen Mehrförderung völlig gewachsen sind. Von den Werken sind die in den mit Kies und Sand ausgefüllten Uferarmen der Spree und Havel gelegenen die weitaus leistungsfähigsten. So liegen an Spree und Dahme, außer den Müggelseewerken, das Werk Wuhlheide, die Lichtensberger Wasserwerke Hausdorfer Busch, Triftweg und Rummelsburg, das Wasserwerk Köpenick, das Werk Alt-Glienicke, das Charlottenburger Werk Jungfernhöhe, das Berliner Werk Tegel, das Pankower Wasserwerk Stolpe. Im Gegensatz zu diesen leistungsfähigen Werken haben die auf den Hochflächen liegenden mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es sind dies die Werke Reinickendorf, Tegel, Hermodorf, Kolenhof, Riederbarnim, Hohenhainhausen und das Charlottenburger Werk Teufelsee. — Während die meisten Werke im Ortsbezirk selbst liegen, so daß lange Rohrleitungen vermieden wurden, pumpt das frühere Berlin das in seinen Außenwerken gewonnene Wasser zunächst in die Zwischenwerke Lichtenberg und Bestend, und von hier aus wurde dann die Verteilung nach Maßgabe der Anforderungen besorgt. Auch das von der früheren Gemeinde Pankow errichtete Wasserwerk schickt sein Wasser durch eine 16 Kilometer lange Rohrleitung.

Selbständige Wasserwerksverwaltungen mit eigenen Deputationen hatten früher nur Berlin und Charlottenburg. In anderen Gemeinden war die Verwaltung des Gas- und Wasserwerks zusammengelegt, wieder andere unterstellten die Wasserwerke dem Gemeindebauamt oder dem Tiefbauamt. Im ganzen herrschte auch hier eine

Unübersichtlichkeit, wie man sie sich nicht schöner denken konnte. Rummelsdorf liegt die vorläufige Verwaltung bei den Bezirken. Die Kontrolle der Gesamtheit wird durch das Finanzbureau des Magistrats ausgeübt. Der Direktor der Berliner Wasserwerke bearbeitet alle der Zuständigkeit des Magistrats und der Deputation für Werke unterliegenden Fragen. — Der Wasserpreis wird für ganz Berlin einheitlich festgesetzt, trotzdem die Bedingungen für die Wasserlieferung noch sehr voneinander abweichen, da hier vielfach noch die von der Aufsichtsbehörde genehmigten Ortsstatuten maßgebend sind, die erst noch beseitigt werden müssen. Nach Bildung der einheitlichen Verwaltung werden auch die bereits ausgearbeiteten einheitlichen Bestimmungen über die Wasserlieferung in Kraft treten.

Im Wasserwerk.

An der Havel zwischen Hennigsdorf und Hohen-Schöpping liegt eins der modernsten Wasserwerke des neuen Berlin. Es wurde im Jahre 1910/11 von der Gemeinde Pankow erbaut. Zur Wassergewinnung sind 24 Brunnen in bestimmten Abständen in die Erde gesenkt, in denen sich das Grundwasser sammelt. Jeder Brunnen ist mit einem Beobachtungsrohr ausgerüstet, das gestattet, den jeweiligen Wasserstand während des Betriebes abzulesen. Das in den Brunnen gesammelte Grundwasser wird durch Hebeleitungen in einen Sammelbrunnen geleitet. Das ist ein gemauerter Kesselbrunnen von 6 Meter Durchmesser, der bis zu einer Höhe von 9 Metern mit Wasser gefüllt werden kann. Eine schwere eiserne Tür sperrt den Zugang zu ihm ab. Zwei Vorpumpmaschinen befördern das Wasser aus dem Sammelbrunnen in die Enteisungsanlage und betätigen dabei gleichzeitig eine Luftpumpe, die die Rohrleitung luftfrei hält. Den Dampf für diese Maschinen sowie für eine kleine schnelllaufende Dampfmaschine, die durch Drehen eines Dynamos das nötige elektrische Licht und den Strom für die Werkzeugmaschinen der kleinen Reparaturwerkstatt liefert, erzeugen zwei Dampfessel, die im hinteren Teil des Maschinenhauses untergebracht sind und abwechselnd in Betrieb genommen werden. Die Enteisungsanlage hat die Aufgabe, das im Wasser enthaltene Eisen durch Lüftung und daraus folgendes Oxidation auszufällen. Die Vorpumpen befördern nun das Wasser zunächst in das Obergeschloß der Anlage, wo es von einer „Verteilungsrinne“ aufgenommen wird. Von dort fließt es dann in sechs „Verteilungsschiffe“, langgestreckte vieredrige Eisenbetondecken, die mit einer Anzahl trichterförmiger Löcher versehen sind, aus denen das Wasser in dünnen Strahlen auf die unter jedem Loch in einem Abstand ausgehängten Teller fällt. Dadurch wird es in einen feinen Regen zerlegt. In Tausenden von sprühenden Tröpfchen rieselt das zerlegte Wasser durch eine Backsteinpackung hindurch in die Verteilungstammer, um dann durch Rohrleitungen in die Filter zu gelangen. Durch eine sinnreiche Einrichtung wird dafür gesorgt, daß jedem Filter die gleiche Menge des Wassers zufließt. Nachdem das Wasser die aus grobkörnigem Sand gebildeten Filter durchwandert hat, nimmt es der Reinwasserbehälter auf.

Der Reinwasserbehälter

Ist das Heiligtum des Wertes und faßt 2200 Kubikmeter Wasser. Er enthält zwei Kammern von gleicher Größe, aus denen das Wasser in den Schöpfbrunnen fließt, um dann von den Druckpumpen nach Berlin geleitet zu werden. Von Zeit zu Zeit wird der Sand der Filter einer gründlichen Reinigung unterzogen. Er hat dazu eine von einer Wasserturbine getriebene Trommel, die durchlaufen, wobei er durch das in entgegengesetzter Richtung ablaufende Druckwasser der Turbinen durchspült wird. Das Wasser nimmt den Eisenkies auf und leitet ihn in ein Klärbecken. Das nach Verdunstung des Wassers in diesem Becken zurückbleibende Eisenoxid eignet sich vorzüglich zur Begefestigung. Die Druckrohrleitung, die das Wasser auf seinem Wege nach Berlin durchlaufen muß, hat eine Länge von 22 Kilometern. Sie liegt im allgemeinen in einer Tiefe von 1,5 Meter. Sie läuft über Stolpe, Hohenhainhausen, Bergfelde, Schönfließ, Schildow, Blantensee, Buchholz nach Pankow. Das Rohr hat einen Durchmesser von 70 Zentimeter. Durch selbsttätige Aufsicht wird für eine ständige Durchlüftung der Leitung gesorgt.

An vier Stellen der Rohrleitung sind in besonderen Kästen Telefonapparate eingebaut, durch die es möglich wird, ohne jede Verzögerung irgendwelche Störungen in der Leitung, z. B. Rohr-

brüche, sofort zu melden. Auch das Wasserwerk selbst steht durch eine besondere, vom Reich unabhängige Telefonanlage mit dem Rathaus in Verbindung. Der Wasserstand im Wasserturm wird durch Fernregistrieranlage sowohl im Wasserwerk als im Pankower Rathaus angezeigt. Im Maschinenhaus des Wertes sind außerdem noch Apparate zur Registrierung des Wasserstandes im Sammelbrunnen und im Reinwasserbehälter eingebaut. Ein Manometer gestattet, den im Druckrohr herrschenden Druck ständig zu überwachen.

Abschied vom Zoo.

Der Zoo wird nun doch am 1. Oktober seine Pforten schließen. Sicherlich wird diese betrübliche Tatsache noch manchen Tierfreund veranlassen, noch einmal diese Stätte der Belehrung und Unterhaltung zu besuchen, um Abschied zu nehmen vom „Sultan“, den Rechenaffen, vom „König der Wüste“ und all den anderen interessanten Invasoren der Käfige. Eine Hoffnung bleibt aber trotz der Schließung; denn der Zoo soll am 15. März seine Tore wieder öffnen. Die Schließung soll nur vorübergehend sein. Wenn einige Blätter melden, daß der Tierbestand an andere Länder verkauft werde, so sind diese Nachrichten noch nicht bestätigt. Bei den Verhandlungen, die am Montag im Kultusministerium stattfanden, wurde betont, daß Reich und Gemeinde alles aufbieten, um den Verkauf der Tiere zu verhindern. Es herrschte die einmütige Ansicht, daß den Berlinern der Zoo erhalten werden müsse. Ein Sammelkomitee, an dessen Spitze der Reichspräsident steht, bemüht sich, größere Geldmittel aufzubringen, um so dem Institut eine finanzielle Stütze zu geben. Wenn der Zoo in der Winterzeit verlassen und abgeleert, dann werden hinter den verschlossenen Eingangsporten nur wenige Wärter ihre Viehlinge pflegen. Die Frühlingssonne aber möge wieder das bunte Gewimmel der Besucher sehen, die mit regem Interesse die Tiere betrachten, die mit unendlichen Mühen aus aller Welt hierher gebracht wurden und die mit großer Sorgfalt behandelt werden müssen.

Unbeschadet der Schließung des Zoologischen Gartens wird das Aquarium, wie wir bereits meldeten, während der Winterzeit geöffnet bleiben.

Kleinrentnerhilfe.

Im Reichshaushalt für 1922 sind fünfhundert Millionen Mark als Zuschuß für Unterstufen, die Länder und Gemeinden notleidenden Kleinrentnern gewähren, vorgesehen. Nach jetzt neu aufgestellten Richtlinien gelten als Kleinrentner bedürftige, im Inlande wohnende Deutsche, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben, sich vor dem 1. Januar 1922 eine Jahresrente von mindestens fünfhundert Mark sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunmöglichkeit auf diese Versorgung angewiesen sind. Nach diesen Richtlinien ist Arbeit auch eine üblicherweise unentgeltliche Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die aber im Falle der Einstellung fremder Kräfte vergütet werden muß. Ihr steht eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich. Als Unterstufen kommen in Betracht: Einzelfürsorgemaßnahmen für Kleinrentner, einmalige oder fortlaufende Unterstufen, Vorlehen, Verbilligung der Lebensmittel, Kleider, Heizstoffe und dergleichen, Bereitstellung billiger Krankenpflege, Unterbringung in Heimen und dergleichen. Von den fünfhundert Millionen Mark sind fünfzig Millionen für besondere Verwendung vorbehalten, während vierhundertfünfzig Millionen auf die Länder verteilt worden sind. Auf die Stadt Berlin entfallen von den Reichsmitteln zwölf Millionen, von den Ländermitteln neun Millionen, zusammen einundzwanzig Millionen Mark, die aber nur zur Verfügung stehen, wenn Berlin mindestens den gleichen Betrag wie aus Landesmitteln, gleich neun Millionen, aufbringt. Die Kataloge der Kleinrentner hat der Magistrat veranlaßt, diese neun Millionen Mark zu bewilligen. Der Stadtvorstandensversammlung ist eine Dringlichkeitsvorlage eingereicht.

Invalidentversicherung. Vom 1. Oktober d. J. ab gelten die neuen, durch Gesetz geschaffenen Lohnklassen. Auf die Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Berlin in dieser Nummer unserer Zeitung weisen wir unsere Leser besonders hin.

18] Sachawachial der Eskimo.

Don Einar Mikkelsen.

Er lachte bei dem Gedanken, aber Jim Hallett lachte nicht. Er war ein besserer Menschenkenner als der schwarze Joe und war sich so ungefähr klar darüber, daß man Sachawachial lange zusehen konnte, bis er dann doch schließlich das Hoch abwerfen würde; aber er tröstete Joe: „Ach was, er ist wohl nicht so gefährlich, er ist ja bloß ein Eingeborener, mit ihm wirst du schon fertig werden. Aber trotzdem, da wir nun einmal davon reden, muß ich dir doch sagen, ich bin froh darüber, so häßlich zu sein, daß Igluruk kein Auge auf mich werfen wird, denn man weiß selbstverständlich nie, auf was so ein Nigger verfallen kann!“

Der schwarze Joe lachte laut. „Ich werde ihn mit meiner Hundepfote peitschen, bis er im Schnee vor mir kriecht“, prahlte er, „er soll, ja er soll Steuermann in meinem Umiak werden, er soll auf dieselbe Stufe mit den Frauen, die ihn rudern, gestellt werden, das wird einen Spaß geben, wenn er die Weiberarbeit verrichten muß, der großschnauzige Bursche, der nur mit den Kapitänen der Flotte Geschäfte machen wollte!“

Jim dachte wohl das feine, aber sagte nichts, denn er hatte nichts dagegen, den schwarzen Joe loszuwerden. Dann gehörten alle Herrlichkeiten ihm und im Geheimen tat er was er konnte, um den prahlenden Joe aufzureizen, daß er Sachawachial so tief wie möglich demütigte, mochte der Bogen doch gespannt werden, bis er brach.

Während die Weihen so miteinander redeten, sah Igluruk dabei und hörte zu. Sie verstand, daß es sich um Sachawachial handelte und war froh, wenn der schwarze Joe an sie dachte und ihr etwas von dem überlegte, wovon sie sprachen. Vor ihr prahlte er noch mehr, als vor Jim, und Igluruk klatschte in die Hände vor Freude über Joes Drohungen gegen ihren früheren Mann. Wenn er Sachawachial so demütigen konnte, wie er es gelobte, war wirklich nicht der kleinste Zweifel mehr, daß sie Kumuk's stärksten Mann zum Gatten bekommen hatte, dann konnte sie wahrlich vergnügt sein und brauchte sich nicht zu fürchten.

Eines Tages sahen sie alle drei in der Hütte, die beiden Männer trinkend am Tische, Igluruk, wie es Schick und Brauch war, wenn Weibe eine Eingeborene zur Frau nahmen, auf der Erde. Sie sprachen von dem kommenden Sommer und von der Reise nach San Franzisko, von allen Herrlichkeiten, die sie für das viele Geld haben konnten, als sie einen Schlitten betanzeln und draußen vor der Tür hatten hörten.

Die Männer sahen einander an, und der schwarze Joe erlaubte, nun war ja bald die Zeit da, wo Sachawachial zurückerwartet werden konnte. Ob er jetzt kam und Rechenschaft für Igluruk forderte?

Es rieselte ihm kalt den Rücken hinunter, und er sah sich nach einer Verteidigungs- oder Mordwaffe um, aber bald beruhigte er sich, es war ja unmöglich, Sachawachial konnte noch nicht zurück sein, und als er eine fremde Stimme hörte, wurde er wieder er selbst. Verdammte Furcht, wenn doch bloß das Zusammentreffen erst überstanden wäre, aber er sollte mal versuchen, Redensarten zu machen, dann würde er ihm schon — —!

Des schwarzen Joes Gedanken wurden dadurch unterbrochen, daß sich die Tür öffnete, und Topfia und Cropcana hereinkamen; sie schlossen sie hinter sich, setzten sich hin, still, ohne ein Wort zu sagen.

„Guten Tag!“ sagte der schwarze Joe und lachte, „das ist doch eine merkwürdige Manier, zu fremden Leuten ins Haus zu kommen, das pflegen wir Weissen nicht zu tun. Wir klopfen an die Tür, kommen herein, wenn „bitte“ gesagt wird, und sagen, was wir wollen, aber ihr sitzt bloß da und glockt. Pu! Ihr verdammten Eingeborenen, raus mit euch und kommt ordentlich herein!“

Igluruk lachte, das war nun des schwarzen Joes Art zu sprechen, und sie lachte noch lauter, als Topfia und Cropcana sich hinausdrückten und die Tür hinter sich schlossen; das war mal ein Spaß, und sie erwiderte beinahe vor Lachen, als sie ihr dumpftones Klopfen und des schwarzen Joes strenge Stimme vernahm: „herein!“ Ach, der Joe, der Joe, hatte man je einen so spaßhaften Mann gesehen?

Topfia setzte sich wieder, Cropcana blieb an der Tür stehen. Der schwarze Joe sah am Tische und schnitt ihnen beiden Gesicht, er war so froh, so froh, er hatte aber auch eine verdammte Angst gehabt, als er den Schlitten kommen hörte. „Na, guten Leute, was wollt ihr denn, habt ihr etwas zu verkaufen?“

Es dauerte eine Weile, bevor sie antworteten, und Jim kam zum Tische hin mit Flasche und Glas, das verhängt viel bei den Eingeborenen und gibt ein gutes Geschäft. „Nein, verkaufen wollen wir nichts, wir kommen nur um etwas Mehl und Zucker, Sachawachial, er — —“

„Was sagt ihr?“ rief der schwarze Joe und fuhr hoch, „was ist's mit Sachawachial, was wollt ihr, habt ihr ihn getroffen, ist er tot! Redet doch! Zum Teufel noch mal, ihr dummen Tiere!“

„Wir wollten Mehl haben“, begann Cropcana, „ja, und

Zucker“, fügte Topfia hinzu, „Sachawachial — ja, wir haben ihn gesehen, er kommt — —“

„Was, wo, wann?“ rief Joe und wurde bloß, während Jim zur Tür ging und sie gut verschloß. „Wann kommt er, wo habt ihr ihn gesehen? Tod und Teufel, Jim, er muß ja augenblicklich hier sein, wenn diese Weiber ihn gesehen haben, rede doch Mensch, rede“, rief er und sprang zu Topfia hin, den er bei der Schulter packte und schüttelte, „rede doch, Mensch, bist du stumm?“

„Wir wollen einen Sack mit Mehl haben“, antwortete Topfia, nun mit größerer Sicherheit als vorher, da er sah, welchen Eindruck der Name Sachawachial auf die Weihen machte. „Nein, wir wollen zwei haben — und Zucker“, fügte Cropcana hinzu, „und viel! Bevor das nicht auf unserem Schlitten liegt, sagen wir nichts.“

„So gib es doch“, rief Joe Jim zu, „gib ihnen, was sie wollen, und laß uns hören, was sie zu erzählen haben. Diese Eingeborenen können einen verrückt machen, diese Langsamkeit, ach, diese Langsamkeit, was sind das für Menschen!“ Aber er war so gespannt zu erfahren, was Topfia zu erzählen hatte, daß er Jim half, die Säcke auf den Schlitten hinauszutragen.

„Na“, sagte er, nun etwas ruhiger, als der erste Schreck sich gelegt hatte, „heraus mit der Sprache, wir haben, weiß Gott, genug dafür bezahlt, was habt ihr also zu erzählen?“

„Sachawachial kam nach unserem Iglu“, erzählte Cropcana, „lange nach Mittag, vor zwei Tagen. Seine Augen waren wild, das Weiße war rot, seine Sachen zerlegt, er war so müde, daß er kaum gehen konnte und hungrig. „Wo kommst du her?“ fragte ich, er antwortete nicht, sondern sah da und sah vor sich hin. Mir wurde ganz Angst vor ihm und ich schwieg, bis er geessen hatte, „ann fragte ich wieder, wo er herkäme und er antwortete, „vom Kugerakuf“. Aber plötzlich fuhr er auf, „Cropcana, hast du etwas von Igluruk und dem schwarzen Joe gehört?“ und seine Augen traten ihm fast aus den Höhlen, so stierte er mich an. Ich wußte ja nicht, wieweil er schon gehört hatte, und sagte nein. Darauf schrie er, aber bald danach fing er an: „Uarak sagte, daß Igluruk jetzt in der Hütte vom schwarzen Joe wohnt, ist das wahr?“ Ich sagte, ich wußte es nicht, ich wagte nichts anderes zu sagen, er sah so schrecklich aus, und darauf schwieg er, sah bloß da und stierte, aber schließlich redete er wieder, „gib mir Hunde, Cropcana, und einen Schlitten, meine Hegen da draußen am Wege.“ „Wo triffst du Uarak?“ fragte ich wieder. „Uarak?“ sagte er und sah mich an, „na ja, am Kugerakuf, er ist tot.“

(Fortsetzung folgt.)

Großfeuer am Kreuzberg.

Ein weithin sichtbarer Brand rief am Dienstag abend in der siebenten Stunde die Berliner Feuerwehr nach dem Kreuzberg. Dort stand das Haus Heimstraße 23, an der Bergmannstraße, in Flammen. Als der 11. Löschzug an der Brandstelle ankam, hatten diese schon den Dachstuhl des Hauses in solcher Ausdehnung ergriffen, daß Verstärkung nachbeordert werden mußte. Mit mehreren Schlauchleitungen von Motorspritzen wurde über die Treppen, mechanische Leitern und das Nachbargrundstück vorgegangen. Dadurch gelang es schließlich, das entzündete Element einzudämmen und zu löschen, bevor es die angrenzenden Gebäudeteile und das obere Geschloß erfaßt hatte. Die weithin sichtbaren Flammen hatten eine große Menschenmenge angezogen, die bis zum Abrücken der Löschzüge den Löscharbeiten zuschaute. Der Schaden ist ganz erheblich, der Dachstuhl mit samt seinem wertvollen Inhalt an Hausrat der zahlreichen Mieter ist zum größten Teil eingestürzt. Das vierte Geschloß hat durch eingedrungenes Wasser gelitten, so daß Instandsetzungsarbeiten erforderlich sind. Die Entschädigung ist nicht festgestellt.

Eine jugendliche Räuberbande.

Eine jugendliche Schaufenstereinschneiderbande ist nach längeren Beobachtungen von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Im Osten Berlins wurde eine ganze Reihe von Schaufenstern eingeschlagen und die Auslagen von einer Kette junger Burden ausgeplündert, die mit ihrer Beute stets verschwinden waren, bevor man ihre Verfolgung aufnehmen konnte. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß der Anführer ein entsprungenen Fürsorgezögling Altmann war, der zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, später begnadigt und dann nach Struveshof gebracht worden war. Dort war er vor drei Monaten entsprungen. Er hatte sich mit gleichaltrigen Gefängnisgenossen zusammengesetzt und war nun mit diesen auf Schaufenstereinschneider ausgegangen. Die Bande traf sich in einem Lokal in der Frankfurter Allee, hielt dort mit ihrem weiblichen Anhang Besatz ab, um, wenn die Dunkelheit eingebrochen und die Straßen leer geworden waren, an die Arbeit zu gehen. Truppweise zogen sie durch die Straßen und wenn die Gelegenheit günstig war, floh einer, von den anderen gestochen, gegen die Scheibe, so daß diese in Trümmer ging und dann fielen alle über die Auslagen her. Die Bande ging sofort nach allen Richtungen auseinander, um sich später wieder in dem Lokal in der Frankfurter Allee zu treffen. Dort wurde die ganze Bande ausgehoben. Aus verschiedenen Eindrücken herrührende Beutestücke, Goldschmuck, Kleider usw. wurden noch vorgefunden und beschlagnahmt.

Geldbuße statt Zuchthaus.

Ein seltenes Gerichtsurteil.

Der seltene Fall, daß an Stelle einer Zuchthausstrafe nach Verbüßung eines Teiles derselben der Rest erlassen wird und dafür eine Geldbuße zu zahlen ist, ereignete sich kürzlich beim Landgericht I. Die Metallankaufstellen werden seit einiger Zeit streng bewacht, weil von einer Anzahl größerer Firmen erhebliche Metalldiebstähle gemeldet worden waren. So wurde eines Nachmittags nach Arbeitsloß die Metallankaufstelle der Frau Bollenscher, als es in ihrem Laden wie in einem Taubenschlage zuzuging, plötzlich von der Polizei geschlossen. Bei der Siftierung der anwesenden Verkäufer fand man allein von den Siemens-Schuckert-Werken 7 Arbeiter, die alle möglichen Metallteile hatten verkaufen wollen. Mit diesen Arbeitern, die wegen Diebstahls angeklagt waren, hatte sich die B. nun gestern zu verantworten, und ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Carl Schwentha, führte aus, daß die

Hekerei infolgedessen nicht nachgewiesen sei, als es nicht als bewiesen gelte, daß die Gegenstände aus Diebstählen herrührten. Das Gericht war anderer Ansicht und verurteilte die Arbeiter zu Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Monaten. Gegen die Bollenscher wurde wegen gewerbmäßiger Hekerei auf 1 Jahr Zuchthaus erkannt, mit der Maßgabe, daß, wenn sie nach Verbüßung von 6 Monaten Zuchthaus 20 000 M. bezahle, ihr der Rest der Strafe erlassen wird.

„Vereinigung der Turisfreunde“.

In Moabit hatte sich wieder einer jener Wettkonzerngründer zu verantworten, der, vollkommen mittellos, einen großartigen „Konzern“ aufgezogen hatte, der dann aber sehr bald verkrachte. Diesmal war es der Kellner Wilhelm Simm aus Berlin, der mit dem im April 1921 gegründeten „Wettkonzern“ W. Simm, „Vereinigung der Turisfreunde“, zahlreiche Dumme auf den Leim gelockt hatte. Durch Prospekte und Zeitungsinserte ließ er 6500 Personen, die ihm Geld als Einlagen in sein Unternehmen gaben, wofür er ihnen nach einem Monat 50 Prozent, nach zwei Monaten 100 Prozent Dividende versprochen. Während die erste Dividende noch ausbezahlt wurde, baperte es sehr bald mit der Weiterzahlung und schließlich brach das ganze Fußgebäude zusammen und S. ergriff die Flucht. In der Verhandlung suchte der Angeklagte mit erregten Worten den Vorfallenden von seinem unfehlbaren System, über das er schon im Jahre 1916 eine Broschüre geschrieben hat, zu überzeugen und die Darlegungen des als Sachverständigen geladenen Kriminalkommissars v. Ranteuffel zu entkräften. Trotz aller Argumente, die der Angeklagte ins Feld führte und des Hinweises auf große Gewinne, die er mit seinem System angeblich erzielt hat — so behauptet er, durch ein Pferd Decourion in Frankreich allein einen Reingewinn von 150 000 M. gehabt zu haben — blieb der Sachverständige in seinem ausführlichen Gutachten dabei, daß der Zufall und nicht die Berechnung entscheidend für den Ausgang einer Rennwette sei. Die Verhandlung wird zwei Tage in Anspruch nehmen. Wir werden das Urteil mitteilen.

Der preiswerte Seefischverkauf muß an diesem Mittwoch nochmals ausfallen, weil die Fänge infolge der Stürme nur gering und die Preise außerordentlich hohe sind. Es darf aber nunmehr mit Bestimmtheit erwartet werden, daß das Ausfuhrverbot für Seefische, das erst am 25. d. M. in Kraft getreten ist, von der nächsten Woche ab die regelmäßige Wiederaufnahme der preiswerten Seefischverkäufe ermöglichen wird.

Die Annoncenstellen für die Zeichnung der Zwangsanleihe gibt das Landesfinanzamt Groß-Berlin im heutigen Anzeigenteil bekannt, worauf wir besonders hinweisen.

Für das Wintersemester der Volkshochschule Neufalken finden in dieser Woche die Anmeldungen im Rathaus, Zimmer 257, statt. Parteigenossen, die gewillt sind, an einem Kursus für Esperanto teilzunehmen, machen wir auf diese günstige Gelegenheit aufmerksam. Leiter des Kursus ist Genosse Willbrodt. Gebühr 40 M.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ziemlich rege. Fische knapp, Geschäft mäßig. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
 Rindfleisch 100—122 M., ohne Knochen 125—158 M. Schweinefleisch 145—200 M. Kalbfleisch 145—168 M. Hammelfleisch 105—152 M. Schellfisch 40—64 M. Seelachs 55—75 M. Rotzungen 55—65 M. in Eis: Aals 180—200 M. Hechte 100—112 M. Schlois 118 M. Lebende Aale 190—210 M. Hechte 128—150 M. Bleie 75—90 M. Eier 18—20 M. das Stück. Naturbutter 300—375 M. Margarine 188—243 M. Erbsen 65 bis 70 M. Weiße Bohnen 45—55 M. Linsen 95—112 M. Weizenmehl 48 bis 56 M. Graupen 50 M. Maisgrieß 40 M. Gerstengrütze 59 M. Kartoffelmehl 68—70 M. Reis 55—70 M. Backobst: Pflaumen 50—70 M., Gemischtes 55—84 M. Kartoffeln 38—44 M. 10 Pfund. Blumenkohl 20 bis 30 M. der Kopf. Wachsbohnen 25 M. Gränlinge 10—11 M.

Die Geschäftskette der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin beladelt sich von jetzt ab: A 37, Schönhofstr. 20/21 und in täglich von 6—8 Uhr abends, Sonnabends von 4—6 Uhr geöffnet. Die Mitglieder werden gebeten, bei eventuellen Nachfragen obige Tage und Zeiten zu berücksichtigen, desgleichen bitten wir die Gewerkschaften, Parteien und Vereine, davon Kenntnis zu nehmen.

Schiffs-Katastrophe. Der englische Dampfer „Almancon“ meldet durch Funkpruch, daß der französische Kohlendampfer „Bin. Nr. 8“ an einer felsigen Stelle der portugiesischen Küste aufgelaufen sei.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Vorstandskonferenz

heute abend 6 Uhr in den Publ.-Sälen, Neue Königl. 28. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches Erscheinen Pflicht.

Heute, Mittwoch, den 27. September:

- 26. Abt. 7½ Uhr Abends bei Feste, Kolonnenstr. 15, und Jaserstr. Schwedenstraße 11a.
- 34. Abt. Charlottenburg 7. Gruppe: 8 Uhr Versammlung im Lokal Galern. Charlottenburger Ufer 3.
- 77. Abt. Schöneberg: Unter langjähriges Mitglied, der Genosse Eduard Dubbers, Luisenparkstr. 20, ist Sonnabend früh gestorben. Die Beerdigung erfolgt Mittwoch nachmittags 2½ Uhr im Krematorium Friedrichstraße.
- Jungsozialisten. Gruppe Tempelhof. Abends 7½ Uhr im Zentralklub für Organisation und Untericht, Potsdamer Str. 130. Beteiligung an der Protestkundgebung gegen die Schließung des Arbeitervereins im Tempelhof.

Morgen, Donnerstag, den 28. September:

- 4. Abt. Die anderweite Sitzung fällt aus.
- 11. Abt. Die Parteiführer werden ersucht, um 7½ Uhr bei Berger zu erscheinen. Samtliche Karten und Mitgliedsführer sind mitzubringen.
- Jungsozialisten. Gruppe Tempelhof. 7 Uhr im Jugendheim, Chausseest. 48, Heimabend. Genossen, mer am 30. September noch einen Jugendgenossen in Quartier nehmen kann, teile dies sofort dem Genossen Schubert, Himmelsstraße 1, mit. — Gruppe Tempelhof-Marienfeld. 7½ Uhr im Lokal Waldmannstr. Tempelhof, Werderstraße. Ein Ausnahmestück, Vertretung. — Gruppe Neufalken. 7½ Uhr im Jugendheim, Köpenicker Str. 15, Disziplinabend über: „Schubert“. — Jungsozialisten-Arbeitsaussch. Wichtige Sitzung am Freitag, den 29. September, 6 Uhr, im Vorwärtsgebäude.

Jugendveranstaltungen.

Wichtig! Kaffee! Die Ausgabe der Karten und Mitgliedsführer findet am Sonntag, den 30. September, von 1 bis 7 Uhr, statt.

Heute, Mittwoch, den 27. September:

- Arbeiterjugend. Jugendheim Schornweberstr. 108, Lesabend: Die Maschinenführer von Zoller. — Grenzauer Bezirks. Jugendheim Gemeinde-schule Dönhofsstr. 23, Disziplinabend: „Anarchismus“. — Schöneberger Bezirks. Jugendheim Gemeinde-schule Sonnenburger Str. 20, Vortrag: „Freibund Kaffee“. — Arbeiterjugend. Jugendheim Gemeinde-schule Köpenicker Str. 15, Disziplinabend: „Arbeiterjugend und Kaffee“. — Tempelhof. Jugendheim Kinderhort, Germaniastr. 6-7, Lesabend: „Die Räuber“ von Schiller.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Mieterversand Treptow. Heute, Mittwoch, 7½ Uhr, im Feldenloof der 6. Gemeinde-schule, Willdenbruchstraße an der Gröbstraße, unentgeltliche Einführung in die Berechnung der geschäftlichen Risiko für Mieter und Mietervertreter gegen Mietschuldensumme.

Lehrer-Verein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 27. September, abends 7½ Uhr, Kula Weimarsche Str. 15, Monatsversammlung. I. Geschäftliches. Vortrag des Genossen Theodor Pflüger über: „Jünger“.

Arbeitersport.

Shah. Jugendliebes sowie Schüler, die das Schachspiel erlernen wollen, finden dazu Sonnabends in Neufalken, Steinmühlstr. 11a, abends 7 Uhr, Gelegenheit. Unterricht unentgeltlich. Für Fortgeschritten findet ein Jugendturnier statt. Anmeldungen müssen bis zum 7. Oktober abgegeben sein.

Kleidung

S. ADAM

Ausrüstung

Führend
in Sport

Invalidenversicherung.

Vom 1. Oktober 1922 ab gelten für die Beiträge zur Invalidenversicherung die neuen durch Gesetz getroffenen Bestimmungen.

Für diejenigen, welche einen Jahresarbeitsverdienst von mehr als 18 000 bis 27 000 M. haben, sind Wochenbeiträge zu 18,- M.,
 „ „ „ 27 000 „ 30 000 M. „ „ „ 24,- M.,
 „ „ „ 30 000 „ 34 000 M. „ „ „ 32,- M.,
 „ „ „ 34 000 „ 72 000 M. „ „ „ 42,- M.,
 „ „ „ 72 000 M. „ „ „ 52,- M.

erforderlich.

Für einen Wochenverdienst von über 1385 M. sind daher stets Werten zu 52 M. wöchentlich zu verwenden.

Für häusliches Dienstpersonal sind bei einembaren Monatsgehalt bis 750 M. Wochenbeiträge zu 15 M., bei einembaren Monatsgehalt bis 1750 M. Wochenbeiträge zu 24 M. zu entrichten.

Berlin, im September 1922. **Landesversicherungsamt Berlin.**
 Der Vorstand.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 12. Septbr. hat der Vorstand in der Sitzung vom 18. und der Ausschuss in der Sitzung vom 25. Septbr. beschlossen, daß auf die bestehenden 13 Wohnstätten noch 7 weitere aufgebaut werden und zwar fünf der Grundlohn in Stufe 13 100 M., Stufe 14 140 M., Stufe 15 180 M., Stufe 16 240 M., Stufe 17 300 M., Stufe 18 300 M., Stufe 19 440 M., Stufe 20 500 M. betragen. Diese Festlegung tritt mit dem 2. Oktober 1922 in Kraft. Druckstücke von dieser Veränderung sind im Kassentafel zu haben.

Weiter geben wir bekannt, daß nach der Berechnung vom 14. Septbr. 1922 im § 163 und 577 der Reichsversicherungsordnung die versicherungspflichtige Grenze für Einzelkassen und Betriebskassen von 72 000 M. auf 304 000 M. erhöht worden ist. Diese Bestimmung ist mit dem 23. Septbr. 1922 in Kraft getreten. 170/11

Berlin, den 25. September 1922.
Der Vorstand.
 Rag Edel, Vorsitzender.
 Alfred Göttem, Schriftführer.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

Trotz täglicher Preissteigerung noch billige Angebote!

Seal-Electricmäntel, la Felle, sehr weite Glockenform
 Seal-Plüschmäntel, Astrachanmänt., Plüsch (Velour du Nord)
noch billiger!
 Flauschmäntel, Velour de laine, Affenhaut, reiz. Neuheiten
noch billiger!
 Strickjacken, reine Wolle, 2400.-
 Karlierte Flauschmäntel, weite Glocke, 6250.-
 Reinwoll. Mantelkleid. m. Tressebes, 2850.- Flotte Kostüme
noch billiger!

Tasma Chag

Vorzüglicher Rauchtobak.

Pickel, Sommersprossen,

Philippp-Schäfer und Tutogen-Hautbleichselle, danach kommt anmutige, junge, zarte Haut zum Vorschein. Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, in Berlin erhält. bei Elefanten-Apotheke, Leipziger Str., am Dönhofsplatz.

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von Dr. Selma Schöler-Auweck

Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.

Preis 11,25 Mk.

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 2

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstraße 37a
 2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbstversteher liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe

1 Ring Dukaten-gold v. M. 1350 an
 1 Ring 385 gestempelt v. M. 1060 an
 ges. gesch. 1 Ring 333 gestempelt v. M. 680 an

H. Wiese, Juwelier

Berlin N, Artilleriestr. 30
 Berlin W, Passauer Str. 12

Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
 Garantiescheine für gesetzlich vorgeschriebene Goldinhalte.

Telegr.-Adr. Trauringenone Berlin.

ÖFEN

Dauerbrand- und
 Irische Rundöfen
 schwarz, emailliert und mit Kochblei-
 bekleidung, leicht transportabel, in
 jeder Größe

Gas-, Petroleum- u.
 elektrische Heizöfen
 Ofenvorsätze
 Kohlenkästen
 Ofenschirme
 in großer Auswahl

P. Raddatz & Co.

Leipziger Straße 122/123,

Kostüme

SADAM Damen-Moden

Mäntel

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 1/2 Uhr Othello

Schauspielhaus 7 1/2 Uhr Die Hochzeit

Deutsch. Theat. 9 1/2-10 00 7. Abonnement-Vorst. 8 Uhr: Das Glas Wasser

Kammerspiele 8: Der Schieler der Pierette

Gr. Schauspielh. (Karlstraße) Letzte Woche 7 1/2: Orpheus in der Unterwelt

Abonnements-Vorstellung: 25. Sept. auf 6. Okt. 26. Sept. auf 1. Okt. 27. Sept. auf 8. Okt. 28. Sept. auf 13. Okt.

In die Abonnement! Nachzahlungen auf die Abonnements müssen bis 2. Okt. mitgebracht sein.

Theater 1. d. Königgrätz. Str. 7 Uhr zum 1. Male

Jüdin v. Toledo Maria Orska, Ernst Deutsch, Charlotte Schultz, Fr. Klnz, M. Pohl, H. Stieba

Komödienhaus 8: Karussell

Berliner Th. 7 1/2: Madame Pompadour

Residenz-Th. Täglich 7 1/2 Uhr: Lady Windermere's Fächer

Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Erika Stüsser in Sissi

die Kokotte Wilhelm Bendow Hans Albers

Kleines Th. Täglich 8 Uhr: Irene Triesch in Totentanz

Walhalla-Theater Tägl. abends 8 Uhr: Die Kloßkönigin

Theater des Ostens (Rose-Theater) Die Liebesprobe

Rennen zu Grunewald Mittwoch, den 27. Sept. nachm. 1 1/2 Uhr

Komische Oper

(7 1/2) Dir.: James Klein (7 1/2) Die große internationale Revue in 20 Bildern:

Europa spricht davon!!

Ueberritt Paris und London an Pracht und Ausstattung, was auf das Fabelhafteste, was auf einer Bühne gezeigt werden ist

6 Pracht-Ballette!! 200 Mitwirkende!!

Mister Jackson vom Alhambra-Theater in London mit seinen englischen Girls.

Hauptdarsteller: Margit Suchy, Rosa Felsogg, Balzer-Lichtenstein, Max Landa, Albert Kutzner, Bruno Kastner, Arnold Bieck, Mizi Metelka, Else Reval, Walters, Spira, Bartels usw.

Vorverkauf an der Theaterkasse ununterbrochen.

Central-Theater Alte Jakobstr. 30 Freitag, den 29. September, abds. 7 1/2 Uhr

Die Kleinbürger von Maxim Gorki mit Herm. Valentini a. Gast

Trabrennen Mariendorf Donnerstag, den 28. Sept. nachm. 1 1/2 Uhr: 8 Rennen Gesamtpreise 225 000 Mk.



Jeder braucht uns!

Erst während des Krieges wandten wir uns an das Berliner Publikum, und in kurzer Zeit erwarben wir uns eine treue Kundschaft.

In den ersten Jahren stieg die Anzahl der Kassekäufer und derer, die Teilzahlung in Anspruch nahmen, in genau dem gleichen Verhältnis, während jetzt die prozentuale Zunahme der letzteren erheblich größer wird.

Die heutige wirtschaftliche Lage zwingt alle Berufsstände, selbst besser situierte Kaufleute, Beamte in gehobener Stellung, Anschaffungen für höhere Beträge auf Teilzahlung zu machen.

Auf Teilzahlung zu Ladenpreisen!

- Gold-, Silberwaren, Brillanten, Taschenuhren, Armbänder, Sünduhren, Regulatoren, Wecker, Nickelwaren, Messingwaren, Gebrauchs-Bestecke, Luxus-Bestecke, Kristall, Glas, Porzellan, Tafelservice, Kaffeeservice, Küchengeräte, Handtaschen, Aktentaschen, Brieftaschen, Reisetaschen, Koffer, Stühle, Schirme, Spitzen und Pfeifen, Zigarren-Etuis, Rasierutensilien, Parfümerien, Haarschmuck, Schreibzeuge in Glas und Marmor, Geschenkartikel aller Art, Musikinstrumente, Sprechapparate und Platten, Photoapparate, Photobedarfsartikel, Fern-, Reisegläser, Reizeuge, Elektrische Tisch- und Standlampen, Teetische, Rauch- und Klobische, Korbmöbel, Wandbilder, Nähmaschinen, Kinderwagen

Man verlange die Bedingungen.

JONASS & Co. Delle-Alliance-Str. 7-10

Stottern

garant. kein Sprechfehl, nur Angst beseit. n. ärztl. glänz. begutacht. Lehre. Kein Apparat! Autik. O. Hausdörfer, ehem. schwer. Stott. Breslau I. A. 110.

Russische Korrespondenz Nr. 6

Aus dem Inhalt: Zum Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre in Moskau, Beiträge von L. Trotzki, Karl Radek, Charles Rappoport u. a. / Die Aufgaben der Finanzpolitik, von G. Sokolnikow / Volkswirtschaft und Gewerkschaften in den letzten fünf Jahren (eine Unterredung mit M. P. Tomski) / Die Resultate der Tarifarbeit der Gewerkschaften, von J. Resnikow / Die Uralindustrie, von A. Lomow / Aus der Praxis der landwirtschaftlichen Arbeit, von N. Ossinski / Die Landwirtschaft Südrusslands im XX. Jahrhundert, von Professor I. Oganowski / Die Abgrenzung der Partei- und Sowjet-Apparate, von G. Sinowjew / Zur Eröffnung der elektrischen Kraftzentrale in Kaschira, von G. Krishanowski / Stimmungen und Hoffnungen der russischen Intelligenz, von X. / Die Wüste, eine Erzählung von Valentin Tamarin / Beilage: Die Volkswirtschaft Sowjetrußlands im ersten Halbjahr 1921 274 Seiten Preis Mark 140.-

Verlag Carl Heym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 8

Circus Busch

Tgl. 7 1/2, 9 1/2, 11 1/2 Uhr Parole! Ausverkauft! Benutzen Sie Vorverkauf

Folies Caprice Ullensb. 132 (Königsb. Tor) Tgl. 7 1/2, 9 1/2 Uhr: Madame Cocotte Die Badewanne Beethoven-Sonata O diese Beine

URANIA 8 Uhr Taubenstr.: Geh. R. Steindorf: Die ägyptisch. Hieroglyphen

Invalidenstr.: Kottmann: Schwarzwald

WINGEBARTEN Varieté-Spielplan

Rechenstr. 54 Donnerstag, den 28. Sept.: Ehren-Abend für Ernst Kobelt

Festvorstellung Ball Vorverkauf 11-3 im Bureau

Reichshallen-Th. Altend. 7 1/2 Uhr Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise

STETTINER Säng. Bühnen-Orch. Tel. 77 2

Theat. a. Kottbus Tor Moritzplatz 16077 Jeden Abend 7 1/2, 9 1/2, 11 1/2 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr

ELITE-Sänger Volkspreis! Vorvkt. 11-12, u. 4-6

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 24, Littenstraße 83/85. Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 838, 834, 835, 836.

Donnerstag, 28. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Maßwerkstätten, Raiser-Wilhelm-Strasse.

Branchenversammlung der Zigaretten-, Maschinenführer- und Betriebsarbeiter.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission, 2. Branchenanträge, 3. Bericht des Ausschusses, 4. Ergänzungswahl der Branchenausschüsse.

Donnerstag, 28. Septbr., nachm. 8 Uhr, im Lokal von Holstedt, Köpenicker Str. 17: Wichtige Sitzung

der Branchenkommissionen, Mitglieder der Metallarbeiter, Brüder, Metallformer, Gürtler, Metallschleifer, Schweißarbeiter, und Grubenarbeiter.

Jeder Branchenmitglied obiger Branchen müssen erscheinen.

Achtung! Achtung! Klempner u. Betriebsrohrlieger. Donnerstag, 28. September, abends 8 Uhr, in Grawmanns Hofhölzchen, Köpenicker Str. 17.

Verammlung aller in Arbeit befindlichen Betriebsrohrlieger, Klempner und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung: Der Stütz der Groß-Berliner Rohrlieger und Klempner.

Jeder Kollege ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Arbeitslose und Kranke. Am Sonnabend, den 30. September, werden wegen Quarantäne-schluß die Abfertigungs- und Auszahlungsbücher geschlossen.

Die Arbeitslosen und Kranken, deren Woche am Sonnabend, den 30. September, endet, erhalten schon am Freitag, den 29., Geld.

Achtung! Achtung! Die Rechtsanwaltskanzlei (Zimmer 17) ist vom Dienstag, den 3. Oktober, außer in der üblichen Vorkassezeit von 9-4 Uhr, Dienstags und Donnerstags von 4-7 Uhr, geschlossen; die Jugendabteilung ist am 30. September, Mittwochs von 4-7 Uhr, geschlossen.

Sonntag, 18. Oktober, vorm. 10 Uhr, in der Schulhaus, Gemeindefaule, Köpenicker Str. 12: Verammlung sämtlicher Arbeiter u. Arbeiterinnen

Tagesordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission, 2. Auspruch über allgemeine Wahlenfragen

In Anbetracht der notwendigen Fälligkeit der Wahlen und der Wichtigkeit der Verhandlungskommission ist das Verbleiben der Arbeiterinnen sämtlicher Arbeitermonat erforderlich.

Die Delegiertenkommission. 125/16

Casino-Theater

8 Uhr: Die Berlin-Penn Lämmelmanns Bummelfahrt

SOLO Tägl. 8 Uhr Internat. Varieté

Theat. a. Kottbus Tor

Moritzplatz 16077 Jeden Abend 7 1/2, 9 1/2, 11 1/2 Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr

ELITE-Sänger Volkspreis! Vorvkt. 11-12, u. 4-6

ULLSTEIN-SCHNITTMUSTER

für Kinderkleidung



erhältlich bei A. WERTHEIM

Anzüge

SADAM Herren-Moden

Ullsters

Um die Erhöhung der Tabakzölle.

Der Reichstagsausschuss für Volkswirtschaft erledigte gestern die von der Regierung vorgelegte Verordnung über Zollerhöhungen und stimmte ihr nach kurzer Debatte einstimmig zu, ließ jedoch die Frage der Erhöhung des Tabakzolls vorläufig noch offen. Bekanntlich hatte die Regierung eine Herabsetzung des Tabakzolls von 80 auf 130 Mark verlangt mit der Begründung, daß auch die Einfuhr von Tabak bei der gegenwärtigen Not einer Einschränkung bedürfe. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat sich von dem Bedenken, die der Reichsrat geäußert hat, anscheinend beeinflussen lassen und daher die Beschlussfassung über die Zollerhöhung auf heute aufgeschoben.

Diese Haltung ist nicht verständlich. Entweder befürchtet man für die Ernährung im Winter große Gefahr, dann ist die Beschränkung jeder einigermaßen entbehrlichen Einfuhr ein Lebenserfordernis des ganzen Volkes. Aus Tabak kann man kein Brot backen. Oder aber man befreit, daß die Notlage vorliegt, und dann ist die Beschränkung der Einfuhr überhaupt überflüssig. Nun herrscht im ganzen Volke einhellig die Ueberzeugung, daß die Lebensmittelversorgung und die Heranzuführung von Rohstoffen während des Winters auf große Schwierigkeiten stoßen wird. Dann aber ist es Pflicht, alle Devisen für diesen Zweck bereitzustellen und auch die Einfuhr von Tabak durch Erhöhung der Zölle auf das durch die Beschäftigung der Industrie gebotene Mindestmaß zu beschränken. Das Volk würde es nicht verstehen, wenn bei anhaltender Teuerung überflüssige Waren immer noch in großen Mengen eingeführt werden, während das Brot knapp und schlecht ist. Es ist Aufgabe der sozialistischen Vertreter in Regierung und Parlament, das zu verhindern.

Wirtschaftsmaßnahmen Preußens.

Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit der Vorlage des Reichswirtschaftsministeriums über die Zuckerbewirtschaftung. Man war über einstimmig der Meinung, daß für die minderbemittelte Bevölkerung ein ausreichendes Quantum Zucker zu angemessenen Preisen zur Verfügung gehalten werden müsse.

Weiter beschäftigte sich das Ministerium mit der Frage der Düngemittelbeschaffung für die Landwirtschaft. Die ländlichen Genossenschaften sind nicht in der Lage, die angeforderten Düngemittel zu den jetzt bestehenden Preisen zu beschaffen. Da aber eine ausreichende Düngung des Bodens Voraussetzung für die Sicherung der Volksernährung ist, wurden Maßnahmen beschlossen, durch die die Genossenschaften in die Lage versetzt werden sollen, die Anforderungen ihrer Mitglieder zu befriedigen.

Die Notlage der Gemeinden veranlaßte das Ministerium Maßnahmen zu beschließen, die geeignet sind, die am 1. Oktober drohenden Zahlungsschwierigkeiten herabzumildern.

Hefferichs Gratulant.

Studiosus Werner Fleisch vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof erschien gestern der Student Werner Fleisch unter der Anklage des Betruges. Fleisch ist ein politischer Abenteurer und hat die Deffenivität in letzter Zeit wiederholt beschäftigt. Als angeblicher Leutnant hatte er sich am Kapp-Butch beteiligt und nach dessen Niederwerfung sich aus deutschnationalen Kreisen Geld zu seiner Flucht nach Brasilien verschafft. Im Frühjahr war er zurückgekommen und hatte sich als Besitzer großer Farmen aufgespielt. Wie erinnerlich, erschien er am Tage der Ermordung Rothenaus im Reichstag, um Dr. Hefferich einen Blumenstrauß mit schwarz-weiß-roter Schleife im angeblichen Auftrag des südamerikanischen deutschen Kriegerbundes zu überreichen. Er wurde damals von den Abgeordneten der Linken, als er in der Wandelhalle erschien, umringt und verprügelt. Alsdann wurde er der Polizei übergeben. Er blieb unter dem Verdacht der Mitbeteiligung an der Mordtat in

weißen und blauen Streifen. Bulgarien hat neben der alten dreifarbigen Fahne in magerem Weiß-Grün und Rot eine neue königliche Standarte angenommen, um die Beliebtheit der alten Nationalflagge mit derjenigen des österreichischen Kaiserreichs zu emulieren. Die Fahne von Georgien ist karminrot; das obere Feld enthält einen wogerechten schwarzen Streifen über einem ähnlichen weißen. Das Rot der Fahne ist durch die Figur des heiligen Georg gestrichelt, der der Nationalheilige des neuen Staates ist. Die Tschechoslowakei hat eine wogerecht geteilte Flagge, deren oberes Feld weiß ist, während das untere rote von einem blauen gleichseitigen Dreieck durchschnitten wird. Der neue deutsch-österreichische und ungarische Staat haben sich in die Flagge des alten Österreich-Ungarn geteilt. Diese bestand aus zwei Hälften, von denen die der Flaggenstange zunächst gelegene das alte wogerechte Rot-Weiß-Rot Österreichs mit einem gekrönten Schild in der Mitte hatte, während die äußere Hälfte das Rot-Weiß-Grün und den gekrönten Schild Ungarns zeigte. Die neue Flagge von Deutsch-Österreich hat den früheren Schild verloren, und die neue Flagge von Ungarn hat zwei Engel bekommen, die als „Schildträger“ hinzugefügt wurden. Rußland hat die rote Flagge angenommen, die in russischen Buchstaben die Initialen „РСФСР“ zeigt. Jugoslawien hat jetzt eine Flagge mit den drei wogerechten Farben blau, weiß und rot.

Erlaß für Kokain? Die Kokainfrage ist in den letzten Jahren lauchbar geworden, daß die Wissenschaft nach einem wirksamen Mittel sucht, um dieses gefährliche Narkotikum nach Möglichkeit überhaupt aus dem Handel zu verbannen. Wie im Britischen Journal für Ophthalmologie mitgeteilt wird, ist es zwei Professoren der Universität Illinois gelungen, einen vollständigen Erlaß für das Kokain zu entdecken; es ist ein Produkt aus Kohlenstoff und soll viel weniger schädlich, dafür aber noch sehr viel wirksamer als Kokain sein. Bemüht sich dieses neue Mittel, dann wird man den Gebrauch des Kokains vielleicht vollkommen ausschließen können und in der Lage sein, den Kokainsmuggel besser zu bekämpfen. Finden sich doch jetzt immer noch gewissenlose Verge, die Kokainfahnen die Droge zugänglich machen.

Neues Museum. In der Babrusianstraße wird Prof. Schubert an jedem Sonnabend um 10 Uhr einen Vortrag halten. Beginn am 7. Oktober.

Reisens-Theater. Der Beginn des Gastspiels von Richard Alexander (als Schlafwagen-Kontraktant) ist auf den 4. Oktober festgelegt.

Die Gesellschaft für Sozialreform veranstaltet einen Vortrag am nächsten Freitag. Er bezieht sich auf fünf Vorträge, die Dr. Ernst Weiss an jedem zweiten Donnerstag vom 5. Oktober bis 14. Dez. halten wird.

Albert Einstein geht demnächst auf ein halbes Jahr nach Japan, wo er an Universitäten und in wissenschaftlichen Gesellschaften Vorlesungen halten wird.

Ein Arbeitsbuch von Benedetto Croce. Benedetto Croce, der italienische Philosoph, der als Gelehrter und nach dem Abzuge aus Italien als Kulturminister den Zusammenhang mit der deutschen Kultur betont hat, wird sein Arbeitsbuch „Handbuch eines Weltbürgers zum Weltfrieden“ jetzt auch in deutscher Sprache erscheinen lassen. Professor Julius Schölerer, der Winter-Kunsthistoriker, hat das Buch für den Amalthea-Verlag überlegt.

haft. Nach seiner Freilassung benutzte er das Attentat auf Maximilian Harden, um sich an rechtsstehende Kreise zu wenden, mit dem Borgeben, daß er im Auftrage des flüchtigen Attentäters Unterkmann komme. Er erzählte, daß Unterkmann sich noch in Berlin aufhalte, aber keine Mittel zur Flucht hätte, außerdem aber auch Mittel brauche, um seine Verteidigung zu bestreiten, falls er ergriffen werde. Fleisch erhielt verschiedentlich Beträge für diese Zwecke, die er nach der Anklage aber für sich verwendet haben soll. Er wurde daher wiederum in Haft genommen. Vor Gericht bestritt er, die Gelder für sich verwendet zu haben und gab vor, daß er sie in politischem Sinne ausgegeben habe. Rechtsanwält Dr. Erwin Feld erklärte, daß dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, daß er selbstständig gehandelt habe, und beantragte die Freisprechung. Aus den gleichen Gesichtspunkten kam das Schöffengericht zu einem Freispruch.

Es muß auffallen, daß der Anklagevertreter gar nicht folgenden rechtlichen Gesichtspunkt beachtet hat, über den ihn jeder Rechtskundige im dritten Semester hätte aufklären können: Wenn Fleisch das Geld nicht in betrügerischer Absicht gesammelt hat, so war es ihm ernst mit der Absicht, die Flucht des Attentäters Unterkmann zu unterstützen. Er hat sich dann des weit schwereren Verbrechens der strafbaren Begünstigung eines Attentäters schuldig gemacht und mußte erst recht bestraft werden.

Wir erwarten, daß der preussische Justizminister die Staatsanwaltschaft beauftragt, unter diesem Gesichtspunkt Berufung einzulegen mit dem gleichzeitigen Antrag, die Sache an den Staatsgerichtshof abzugeben, wohin sie gehört.

Kreismitgliederversammlungen

am Freitag, den 29. Septbr., abds. 7 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

Berichterstattung von Augsburg und dem Nürnberger Einigungsparteitag.

Die Versammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

- Mitte: Sophienhöfen, Sophienstr. 17/18.
- Tiergarten: Hohenjollerstraße, Bandstr. 35.
- Prenzlauer Berg: Unionsstraße, Greifswalder Str. 221/223.
- Friedrichshain: Komeniusstraße, Memeler Str. 67.
- Charlottenburg: Sophie-Charlotte-Schule, Schartenstraße.
- Wilmersdorf: Cäcilienstraße, Nikolsburger Platz 5.
- Spandau: Aula der Oberrealschule, Mollke-, Ecke Friedrichstraße.
- Schöneberg-Friedenau: Aula der Chamissostraße, Barbarossastraße.
- Steglitz-Lichterfelde: Lichterfelder Festsäle, Lichterfelde, Jehleendorfer Straße.
- Neukölln: Realgymnasium, Kaiser-Friedrich-Str. 210.
- Niederschöneweide: Schulaula, Berliner Str. 31.
- Köpenick: Aula der Köpenicker Schule, Lindenstr. 11.
- Pankow: Kasinoaal bei Lindner, Breitestr. 32.

Wegen der Bedeutung des Berichts ist das Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.

Der Sattenmord in Marienburg.

Das Ende einer deutschnationalen Agitationslüge.

Um die Erregung über den Rathenau-Mord abzulenkten, hatte die deutschnationale Presse die Behauptung ausgestreut, daß im Anschluß an eine Demonstration gegen den Rathenau-Mord in Marienburg (Ostpreußen) die Gattin des deutschnationalen Redakteurs Reich von den Demonstranten ermordet worden sei. Frau Reich war erschossen worden, während sie am Fenster stand. Reich sei, so hieß es in der deutschnationalen Presse, von linksradikaler Seite heftig beschuldigt worden, und offenbar aus Rache, weil man seiner nicht habhaft werden konnte, hätten „linksradikale Elemente“ seine Frau niedergeschossen. Diese Verdächtigungen blieben nicht ohne Wirkung. Eine größere Anzahl Genossen wurde wegen angeblicher Beteiligung an dem Mord verhaftet. Es konnte ihnen nicht das geringste nachgewiesen werden.

Nun aber ist der eigene Gatte der Ermordeten, der deutschnationalen Redakteur Reich, unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet worden. Dieser Verdacht bestand übrigens von vornherein, aber unter der Suggestion der deutschnationalen Hege glaubten die Gerichte, unbedingt unter den „linksradikalen Elementen“ den Täter suchen zu müssen.

Der Fall Reich ist seinerzeit von der gesamten deutschnationalen Presse gegen die Arbeitererschaft ausgeschlachtet worden. Wir sind nun gespannt, ob auch nur ein einziges dieser Blätter seinen Lesern von dem wahren Sachverhalt Kenntnis geben wird.

Ostoberschlesiens Wahlen.

Kattowitz, 26. September. (Tl.) Heute stellte die Hauptwahlkommission für den 2. Wahlbezirk (Kattowitz-Ruda) das Wahlergebnis endgültig fest. Danach erhält die Liste der Nationalen Arbeiterpartei (Partei des jetzigen Bojwoden Rymer) 2 Mandate, die polnische Sozialdemokratie 3 Mandate, die deutsche Sozialdemokratie 1 Mandat, die katholische Volkspartei 2 Mandate, die Deutsche Partei 2 Mandate und der Korjann-Block 5 Mandate. Die Kommunisten, die polnische Bauernpartei des ehemaligen Reichspräsidenten Witas sowie die jüdische Volkspartei gehen leer aus. Die jetzigen „Regierungsparteien“, ihre Korjann-Opposition und die deutschen Minderheitsparteien haben also je 5 Mandate.

Hoffnung auf Poincaré.

Seit Jahren kündigt die kommunistische „Humanität“ den bevorstehenden, unabwendbaren Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie und den baldigen Triumph der deutschen Sozialdemokratie an. Deshalb hat sie mehrere Wochen hindurch mit allen Mitteln versucht, die sich vorbereitende Einigung in Deutschland heftig zu machen. Entsetzt hat man aber in den kommunistischen Kreisen Frankreichs erkannt, daß dieses Ereignis mit faulen Wägen und Beschimpfungen nicht abgetan werden kann. Seine Rückwirkung auf die gesamte internationale Bewegung und nicht zuletzt auf die französische Kommunistenpartei, in der sich eine wachsende Rosa-Luxemburg-Tendenz bemerkbar macht, ist eine ungeheure. Daher unternimmt in der „Humanität“ vom 21. September Rero Rappoport den Versuch einer scheinbar objektiven Betrachtung der neuen Situation. Er schreibt, daß die Vereinigte Sozialdemokratie sich auf Millionen von Wählern und auf die kollektiven gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen stützen könne und daher eine „politische Macht ersten Ranges“ bilden werde. Wir haben, fährt Rappoport fort, feiner-

lei Interesse daran, die Macht unserer Gegner herabzusetzen und uns selbst darüber zu täuschen. Das wäre eine mit Klassenpolitik unver-einbare Vogelstraußpolitik.

In diesem Erstarren der Macht der deutschen Sozialdemokratie erblickt aber der Verfasser einen Beitrag (!) und eine Gefahr (!) für die proletarischen Massen in Deutschland, die man bekämpfen müsse.

Die Hoffnung auf eine nennenswerte Schwächung dieser ungeheuren Macht der deutschen Sozialdemokratie durch bloße kommunistische Propaganda hat Rappoport offenbar längst aufgegeben. Um so stärker aber ist die Hoffnung, die er auf einen anderen Faktor setzt. Man höre das gnäugliche Bekenntnis dieser schönen Seele:

„Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlichen Lage, aus der es keinen Ausweg gibt, und die sich mit Hilfe unseres „Towarisch“ Poincaré immer mehr verschlimmern wird. („Towarisch“ ist der russische Ausdruck für „Genosse“. Die Red.) Die deutsche Sozialdemokratie wird alle Verantwortlichkeiten übernehmen, ohne dem Proletariat etwas anderes bieten zu können, als leere Tische und leere Worte.“

Damit gibt Rappoport offen zu, worauf die Kommunisten beider Länder spekulieren, um ihr sinkendes Schiff wieder flott zu machen und dem „gefährlichen“ Nachzuzug der vereinigten deutschen Sozialdemokratie zu begegnen. Es ist die Hoffnung auf die Gewaltpolitik Poincarés, die man jetzt ganz ungeniert auspricht, die Hoffnung auf eine fortschreitende Vereinerung der deutschen Arbeitermassen mit Hilfe des nationalen Blocks, die Hoffnung auf das Verantwortlichkeitsgefühl der deutschen Sozialdemokratie, die in einer noch kritischeren Zeit die Last der Regierung mittragen würde, um das Allerschlimmste zu verhüten, während die Kommunisten draußen in der Opposition freie Hand zum Schimpfen, Hezen und Berleunden behalten würden.

Während die Reaktionen auf die Torheit und die Zerstörungsarbeit der Kommunisten hoffen, spekulieren ihrerseits die Kommunisten auf den „Towarisch Poincaré“. Sie sind wahrhaftig einander würdig!

Die russisch-japanische Konferenz in Tschangschau über die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Norden der Insel Sachalin ist gescheitert.

Wirtschaft

Der Lehrer-v.-Siemens-Konzern.

Durch den Abschluß eines Wiederaufbauvertrages ist der Lehrer-v.-Siemens-Vereinigte Baustoffindustrie Kommanditgesellschaft auf Aktien in letzter Zeit viel genannt worden. Aufbau und Organisation dieses Konzerns sind bisher verhältnismäßig wenig bekannt. Der Konzern steht jedenfalls nicht im Zusammenhang mit dem bekannten elektrotechnischen Siemens-Konzern; er trägt seinen Namen nach den Hauptbeteiligten, Kommerzienrat Lehrer und Günther von Siemens. Der erstere unterhält Beziehungen zu holländischem Kapital.

Zu dem Lehrer-v.-Siemens-Konzern gehören nach einer Aufstellung der „Frankfurter Zeitung“ u. a. folgende Unternehmungen: eine in Duisburg bestehende Thermo-Bau-Industrie A.-G. (Kapital 5 Millionen Mark), eine Metallwarenfabrik unter der Firma Konal-Werke A.-G. in Reitmänn (10 Millionen Mark), eine Formel mit 100 000 Mk. errichtete „Inag“ Industrie und Handels A.-G. in Berlin und eine in Belten bei Berlin errichtete Knochelofenfabrikationsgesellschaft unter der Firma „Union“ Beltenor Tonindustrie A.-G., die mit etwa 250 Mann arbeitet und ihr Kapital soeben um 6 Millionen auf 10 Millionen Mark erhöhte.

Ferner nennt das „Berliner Tageblatt“ noch folgende zum Konzern gehörige Firmen: Schütte A.-G. für Tonindustrie in Minden (9 Millionen Mark, Dachziegelwerk), Keramentwerke in Minden (4 1/2 Millionen Mark), Basalt-Lava-A.-G. zu Wagen (5 Millionen Mark), Rheinische Trach- und Tuffstein-A.-G. (6 Millionen Mark), Retterhaller Steinwerke (3 Millionen Mark) und Rheinisch-holländische Kiesbaggergesellschaft, deren Kapital 300 000 Mk. beträgt. — Im ganzen soll der Lehrer-Konzern durch direkte Beteiligung mit 40 baustoff-erzeugenden Unternehmungen in Beziehungen stehen. Schließlich ist im Vertrag selbst noch die „Bau“ Tief- und Hochbau-A.-G. in Düsseldorf genannt.

Diese Unternehmungen sind, so heißt es, vertikal durchorganisiert, was im Hinblick auf die Verteilung der Sachlieferungen seine Vorteile hat.

Es handelt sich also um einen umfassenden Konzern, der erst in letzter Zeit gebildet ist. Ein Urteil über seine Leistungsfähigkeit ist nach den knappen Mitteilungen, die bisher über ihn erfolgten, kaum möglich. Die Beteiligung der Arbeitererschaft, die in dem Sachlieferungsvertrag dieser Gesellschaft vorgesehen ist, würde im wesentlichen Umfang wohl nur in Frage kommen, wenn Deutschland Uberschuß an Arbeitskräften hat. Das ist vorläufig noch nicht der Fall, kann aber bei dem ungenügenden ganz auf die Weltentwertung gestellten Charakter der deutschen Wirtschaft leicht eintreten. Aber selbst dann werden die Gewerkschaften zunächst ihre Kraft dem ihrer eigenen Initiativen entsprungenen sozialen Wiederaufbauvertrag zuwenden müssen. Zurzeit scheint die Frage noch nicht brennend zu sein, da sowohl der Lehrer-Vertrag wie der Vertrag der sozialen Baubetriebe noch nicht diejenige Form angenommen haben, die die sofortige Aufnahme der Arbeiten ermöglicht. Der erstere ist nur noch ein Rahmenvertrag, der der Ergänzung bedarf, der letztere ist erst in den Grundzügen fertiggestellt und muß erst noch formell abgeschlossen werden. Wie dem auch sei, es wird notwendig, die Arbeitsmöglichkeit in den zerstörten Gebieten für den Fall einer Krise in Deutschland im Auge zu behalten und da, wo private Unternehmer in Frage kommen, diejenigen sozialen Sicherheiten vorzubereiten, die eine erprobte Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ermöglichen.

Erhöhte Mittel für die Melioration von Oed- und Moorland. Im Preussischen Staatsrat wurde eine Entschließung des Oberbürgermeisters Böb-Berlin angenommen, die das Staatsministerium aufzufordern, beim Landtag erhöhte Mittel für die Melioration von Oed- und Moorland zu beantragen. Es soll außerdem versucht werden, auch Reichsmittel für diese Zwecke heranzuziehen.

Die Ausdehnung der Welt-Baumwollindustrie. Nach einer Statistik des Sekretariats des Internationalen Verbandes der Baumwollfabrikanten, die sich über das vergangene Halbjahr erstreckt, wird die Gesamtzahl der Webstühle in der Welt mit 154 555 267 angegeben, was einer Zunahme von 2 240 000 in 12 Monaten gleichkommt. England ist daran mit rund 36 Millionen beteiligt (Zunahme von 464 000), der europäische Kontinent mit 43 1/2 Millionen, der amerikanische Kontinent mit 40 1/2 Millionen, Indien mit 6 1/2, Japan mit 4 1/2 und China mit 2 1/2 Millionen Webstühlen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Devisenliste sind noch folgende amtlichen Kurse nachzutragen: 100 belgische Franc 10 556,80 Geld, 10 563,20 Brief; 1 japanischer Yen 694,10 Geld, 695,90 Brief; 100 italienische Lire 6217,20 Geld, 6232,80 Brief; 100 französische Franc 11 136,05 Geld, 11 163,95 Brief; 1 brasilianischer Réis 172,28 Geld, 172,72 Brief; 100 Schweizer Franc 27 265,85 Geld, 27 334,15 Brief; 100 spanische Pesetas 22 297 Geld, 22 352 Brief. — 100 Polonemärk galten im Freiverkauf etwa 16,75 Mk.

Gewerkschaftsbewegung

Die „Soziale Praxis“.

Den Strömungen gegen die soziale Praxis, die auf der jüngsten Tagung im Verein für Sozialpolitik herortraten, scheint die „Soziale Praxis“ vorgearbeitet zu haben. Dem „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblatt“ entnehmen wir hierüber folgendes:

Die wegen ihrer Sachlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber den Arbeiterforderungen auch in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung lange Zeit sehr geachtete „Soziale Praxis“ scheint nach dem Tode ihres früheren Herausgebers Prof. C. Franke eine Schwächung vorgenommen zu haben. Wir wollen nicht davon sprechen, daß sie auffallend einseitig immer mehr den christlichen Gewerkschaften ihr besonderes Interesse zuwendet, obwohl wir der Meinung sind, die „Soziale Praxis“ könnte es diesen allein überlassen, sich mit fremden Federn zu schmücken. Was uns jedoch bedenklicher erscheint, ist die hässliche Art, mit der die „Soziale Praxis“ in letzter Zeit wiederholt gegen die Arbeiter und gegen die Gewerkschaften zu Felde zieht. In Nr. 26 illustrierte das Blatt z. B. die Löhne im Buchdruckgewerbe, die zwar „noch kein Schlimmerleben“ erlaubten, aber es dem Arbeiter doch gestatteten, der Lebenshaltung von vor dem Kriege verhältnis nahe zu kommen und die vor allen Dingen die teuren Zeitungspreise mit verschuldeten.

Noch auffälliger aber wird die „Soziale Praxis“ in Nr. 27, in der über die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft wörtlich gesagt wird:

„Und wie oft stößt die Ausbeutung der Erntearbeiter bei kritischer Witterung sogar noch auf kollektiven Widerstand der neu organisierten Landarbeiter, so daß den darbedenden deutschen Klassen noch viele Tausende von Getreidebesitzern durch Erntestreiks verloren gehen.“

Die paar „kommunistischen Aktionen“ berechtigen zu solcher Verallgemeinerung nach lange nicht. Was jedoch die „neu organisierten“ Landarbeiter betrifft, so ist schon zu sagen, daß diese nicht aus Zeitweiligkeit oder Uebermut streiken, sondern um günstigere Arbeitsbedingungen, die heute die Landwirte am allerersten zugestehen können. Der Umstand, daß wir von der Technischen Rothhilfe, zumal auf dem Lande, nicht viel wissen wollen, wird in der „Sozialen Praxis“ wie folgt gewertet:

„Obendrein aber zittern dann noch Männer, die sich einbilden, sozialistische Pioniere einer wahrhaft beglückenden gewerkschaftlichen Sozialpolitik zu sein, über den Einfluß der Technischen Rothhilfe zur Abwehr der gemeinen Not, die aus dem Verderben der bestreikten Ernte zu entstehen droht.“

Daß die sogenannte Technische Rothhilfe auf dem Lande eine vom Landbund unterhaltene gelbe Organisation ist, in der hauptsächlich bestehend aus der Rothbach-Truppe und anderen ehemaligen Volkshilfsmännern, deren Zweck es ist, die junge Gewerkschaft der Landarbeiter wieder zu vernichten, das gemerkt die „Soziale Praxis“ nicht.

Es ist beschämend, daß Männer, die sich „einbilden“, Pioniere einer wahrhaft gerechten bürgerlichen Sozialpolitik zu sein, obenüber darüber „zittern“, daß die Arbeiter in ihr Bob über diese bezahlten Solidaritätsbrecher nicht mit einstimmen.

In demselben Artikel bekommen denn auch die Bergarbeiter ihren Hieb, weil sie nur sieben Stunden arbeiten und nur noch 114 Kilogramm Kohle stündlich gegen 136 Kilogramm vor dem Kriege fördern. Als Ursache dieses Rückganges der Fördermenge kennt der Verfasser nur die Faulheit der Arbeiter, die Arbeitgeber dagegen überschüttet er mit dem folgenden Lob:

„Wie ganz anders nimmt sich gegenüber dieser Art arbeitszeitverkürzender „Sozialpolitik“ jene bergbauliche Sozialpolitik aus, die, wenn auch unter schweren Opfern der Gesamtheit, neue Wohnquartiere für ein wachsendes Bergarbeitervolk zu schaffen weiß!“

Es bleibt abzuwarten, ob die „Soziale Praxis“ diesen auffälligen Kurs weiter steuern wird und die Urteile der Rechtspreß über die „befehnten“ Sozialpolitiker sich als richtig erweisen. Wir würden dies im Interesse der „Sozialen Praxis“ bebauern. Unsere Gewerkschaften aber würden sich auch damit abzufinden wissen.

Neuregelung der Grundgehälter.

Bei den letzten Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter haben die Vertreter der gewerkschaftlichen Organisationen und der sozialistischen Parteien bekanntlich das Verlangen nach Neuregelung der Grundgehälter gestellt. Das Reichsfinanzministerium hat seine Bereitwilligkeit dazu erklärt und dementsprechend die Vertreter der Spitzenorganisationen zum 28. September zu Verhandlungen eingeladen. Bisher sind dem Ministerium die Wünsche der Organisationen noch nicht unterbreitet worden. Nur der Reichsbund der höheren Beamten hat bisher seine Ansprüche angemeldet. Er beklagt sich darüber, daß die höheren Beamten ein erheblich geringeres Einkommen erreichen als die Angehörigen der anderen Befoldungsgruppen. Er fordert für alle Beamte der Gruppe 10 das Dreifache des Gehalts der unteren Beamtenklasse. — „Bescheidenheit ist eine Zier...“

Lohnverhandlungen in der Berliner Metallindustrie.

Infolge der gescheiterten Verhandlungen zwischen den Parteien wurde am 26. September vor einem Schiedsgericht, das vom Reichsarbeitsministerium eingesetzt war, über die Regelung der Löhne in der Metallindustrie für den Monat Oktober erneut verhandelt. Die Vertreter der Unternehmer stellten sich auch bei diesen Verhandlungen auf einen durchaus absehbaren Standpunkt. Schließlich gab das Schiedsgericht unter dem Vorbehalt des Herrn Regierungsrats Wulff einen Schiedsspruch ab, der zu den Stundenlöhnen vom 28. August einen Stundenzuschlag von 25 Mark setzt. Als Berechnungsgrundlage für die übrigen Klassen gilt der Schiedsspruch vom 1. August 1922. Die Arbeiter erhalten für jede geleistete Arbeitsstunde ebenfalls einen festen Stundenzuschlag von 25 Mark. Der Schiedsspruch hat Gültigkeit vom 25. September bis einschließlich 20. Oktober 1922. Es wird darauf hingewiesen, daß am Donnerstag eine Funktionsversammlung stattfindet, in der die Metallarbeiter zu dem Spruch Stellung nehmen.

Auflösung der Reichspostgewerkschaft.

Der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten angeschlossene Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten hat infolge eines Verbandsbeschlusses den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund erklärt, wodurch zwangsweise auch der Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Reichspostgewerkschaft er-

folgen mußte. Diese hat zur Klärung der Organisationsfrage am 24. September einen außerordentlichen Gewerkschaftstag abgehalten, der die Auflösung der Reichspostgewerkschaft beschlossen hat, damit der Zusammenschluß aller Postfachverbände auf neuer Grundlage herbeigeführt werden kann. Ein eingehender Austausch soll sofort Beratungen hierüber aufnehmen und deren Ergebnis den Postfachverbänden unverzüglich unterbreiten.

Postabonnenten

welche die Erneuerung des Abonnements für den nächsten Monat noch nicht vorgenommen haben, müssen sofort das Versäumte nachholen, wenn keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung erfolgen soll

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Gehaltsdifferenzen zwischen J. d. A. und Magistrat.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die Lohnverhandlungen für die Angestellten des Magistrats für den Monat August sind geglückt. Nachdem die direkten Verhandlungen mit einer Magistratskommission zu keinem Resultat geführt hatten, wurde im Arbeitsministerium am 2. September ein Schiedsspruch gefällt, der über das erste Angebot des Magistrats hinaus nur den über 30 Jahre alten Personen einen Zuschlag von 300 Mk. zusprach. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien abgelehnt. Der Zentralverband der Angestellten unterbreitete nunmehr dem Magistrat zwei weitere Vorschläge, um einen Vergleich herbeizuführen. Dabei zeigte es sich, daß der Magistrat wohl gewillt war, in der Geldfrage entgegenzukommen zu zeigen, doch gleichzeitig den Angestellten eine ungünstigere Eingruppierung zumute, wodurch das Geldangebot illusorisch gemacht wurde.

Um der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Urteil zu bilden, geben wir im Nachstehenden einen kurzen Überblick über die geldliche Wirkung des Magistratsangebotes. In Klammern fügen wir die Zahlen bei, die die Angestellten in den Reichsbetrieben gezahlt erhalten.

Gehalt in Gruppe:	d. i. wöchentlich:	Reichsgehalt:
Ba . . . 7400 bis 7475 M.	1700 M.	(7204 bis 6492 M.)
Bb . . . 7700 . . . 7775 . . .	1777 . . .	(7541 . . . 6967 . . .)
Bc . . . 8000 . . . 8075 . . .	1848 . . .	(8150 . . . 10715 . . .)
Bd . . . 8500 . . . 8575 . . .	1961 . . .	(8858 . . . 11810 . . .)
Be . . . 9000 . . . 9075 . . .	2076 . . .	(9492 . . . 12672 . . .)

Zur Erläuterung muß bemerkt werden, daß die Gruppe Ba den ungelerneten, die Gruppe Bb den angelernten Arbeitern und die Gruppe Bc den Handwerkern in der Bewertung der Arbeitsleistung entspricht.

Am Monat August weisen die Tarife für die kaufmännischen Angestellten in Groß-Berlin Gehälter von 8000 bis 18000 Mk. auf. Aus den vorstehenden Gegenüberstellungen ergibt sich die Entlohnung, die der Magistrat seinen Hilfskräften angedeihen läßt. Der Zentralverband der Angestellten hat in einer Verhandlung am Montag erneut zwei Ausgleichsvorschläge unterbreitet und gleichzeitig hinzugefügt, daß er es als Organisation nicht verantworten könne, eine so weit hinter der Preisentwicklung zurückbleibende tarifliche Regelung anzuerkennen. Die Vorschläge der Gewerkschaft halten sich durchaus im Rahmen der Magistrats-Befoldungsordnung sowie des Reichsstellensystems für die Reichs- und Staatsangestellten. Es kann deshalb auch nicht eingewandt werden, daß die Vorschläge dem Magistrat bei der Durchführung irgendwelche Schwierigkeiten bereiten. Die Löhne der Magistrats-Hilfskräfte sind seit jeher stets durch die finanzielle Notlage der Stadt Berlin ungünstig beeinflusst worden. Obwohl nun bereits für den Monat August die Stadt die Reichszuschüsse zur Befoldung ihrer Angestellten erhält, findet sich der Magistrat nicht bereit, seinen Angestellten die Gehälter zu bewilligen, die ihnen ein Existenzminimum sichern. Es ist unmöglich, ein derartiges Lohnniveau tarifvertraglich anzuerkennen. Der Zentralverband der Angestellten hat daher den Magistrat ersucht, innerhalb acht Tagen zu den überreichten zwei Vergleichsvorschlägen Stellung zu nehmen. Eine weitere Verhandlung kommt bei Ablehnung dieser Vorschläge für die Organisation nicht mehr in Frage. Ebenso ist ein Aufschub unmöglich, wenn man feststellt, daß bei Ablauf des Monats September noch keine Regelung für die Augustlöhne möglich war. Nunmehr haben sich Magistrat und Stadtverordneten-Ausschuss zu entscheiden.

Hierzu wird uns ferner geschrieben:

„Das Nachrichtenamt Berlin verbreitet eine Notiz über die Tarifverhandlungen für die nichtständigen Angestellten des Magistrats. Zu dieser Mitteilung sei zunächst bemerkt, daß leider über September nicht verhandelt werden konnte, weil es der Magistrat Berlin über die Augustlöhne nicht zu einer Verständigung kommen ließ. Weiter bringt der Magistrat in dieser Notiz zum Ausdruck, daß die Gehaltsfrage der Angestellten sich nach wie vor der Regelung der Staats- und Kommunalbeamtengehälter anpassen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil, der Kernpunkt des Streites lag darin, daß der Magistrat seinen Angestellten eine wesentlich schlechtere Eingruppierung zumute, als sie nach dem Tarifvertrag für die Reichs- und Staatsangestellten seit Jahr und Tag besteht. Jedes geldliche Angebot machte der Magistrat durch die Stellungnahme zur Eingruppierung bisher illusorisch. Die Notiz des Magistrats ist deshalb irreführend.“

Wenn ferner behauptet wird, daß der endgültige Vergleich der Angestelltenvergütungsgruppen mit den Gruppen der städtischen Befoldungsordnung noch einer allgemeinen Regelung vorbehalten bleibt, so wiederholt sich hierbei das alte böse Spiel, das im Vorjahr mit den Angestellten der städtischen Werke getrieben worden ist und damals zu zweimaligen Streikbewegungen geführt hat. Der Zentralverband der Angestellten ist seit Monaten bemüht, unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die für den Magistrat bestehen, einen Ausgleich herbeizuführen. Als unfair muß

es aber bezeichnet werden, daß die Öffentlichkeit jetzt mit Nachrichten bedient wird, die erstens nicht den Tatsachen entsprechen und zweitens erkennen lassen, daß der Magistrat Sozialisten und Gelbe gegen die freie Gewerkschaft auszuspielen versucht. Aber auch das kann nur die Wirkung haben, daß er seine Betriebe leichtfertig Erschütterungen aussetzt. Der Magistrat begeht ein schweres Unrecht, wenn er seinen Angestellten zumute, sich für die gleiche Tätigkeit schlechter bezahlen zu lassen als die Beamten, die zu ihrem Lohn noch die Pensionsberechtigung haben. Der Zentralverband der Angestellten als freie Gewerkschaft wird dazu niemals seine Hand bieten. Er läßt sich auch durch das Mandat gewisser Magistratsbeamten, mit den Septemberlöhnen die Augustlöhne zu verschleiern, nicht veranlassen, Gehaltsläge zu unterschreiben, von denen ein Mensch, der ethisch leben will, nicht leben kann, um so weniger, als die Angestellten diese Löhne erst im September ausgezahlt erhalten. Ein solches Beginnen überlassen wir der Union der Hand- und Kopfarbeiter und den Gelben, mit denen man jetzt Arm in Arm geht. Wir wollen sehen, ob der Magistrat in seiner heutigen Zusammenkunft etwas derartiges gutheißt.“

Lohnvereinbarung im Freiseigerwerbe.

Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss am Montag wurde folgende Lohnvereinbarung mit Wirkung vom 1. Oktober getroffen: Die Mindestlohnlöhne werden um 50 Proz. erhöht. Die Mindestwöchenslöhne betragen für Herrenarbeiter 1500 M., für Damenarbeiter und Friseurinnen 1375 M., für Paardarbeiter 1600 bis 1800 M. und für Handarbeiterinnen 975 M. Der Zuschlag beträgt pro Stunde für Herrenarbeiter 35 und für Damenarbeiter 38 M. Nach ein- bis zweijähriger Tätigkeit sind fünf Tage Urlaub, darüber hinaus sieben Tage zu geben. Bessere bestehende Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden.

Im Mannheimer Getreidegeschäft traten gestern die Arbeiter in einen wilden Streik, durch den der Straßenbahnbetrieb und der Zeitungsbetrieb stillgelegt wurde. Verhandlungen waren zu heute vereinbart. Nach drei Stunden wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Erfüllungsbevollmächtigter des französischen Nationalverbandes der Eisenbahner wird sich mit der Haltung befassen, die infolge des Dekrets der Regierung zur Verkürzung des Achtstundentags eingenommen werden soll.

Im Streik in den Kupferschmiedereien hat das Einigungsamt folgenden Schiedsspruch abgegeben:

„Die am 15. September gültigen Tariflöhne werden für die Zeit vom 16. bis 30. September um 25 Proz., und für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober um 42 Proz. erhöht. Die Parteien haben sich bis zum 27. September, 12 Uhr mittags, über die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs zu erklären. Der Stundenlohn der Kupferschmiede würde demnach betragen: vom 16. bis 30. September 67,50 . . . und vom 1. bis 15. Oktober pro Stunde 100 M.“

Zur Auszahlung der Teuerungszulagen an Beamte in Preußen wird uns mitgeteilt, daß damit erst im Laufe der nächsten Woche begonnen werden kann. Die Tabellen gehen am 22. früh zur Reichsdruckerei, gehen dann an die einzelnen Behörden und von dort im Instanzenweg nach unten. Ein Amt, das sich die Tabellen beim Finanzministerium abholen läßt, könnte am Sonnabend bereits zahlen, wenn es bis dahin die Verfügung des Justizministeriums hat. „Im günstigsten Falle gibt's in Preußen die Nachzahlung acht Tage später. Was das bei der dauernden Geldentwertung ausmacht, kann sich jeder vorstellen. Warum werden im Reich durch Telegramme alle Behörden angewiesen, sofort zu zahlen, auch ohne Tabellen? Läßt sich das in Preußen nicht auch durchführen? Sie glauben gar nicht, was das schon für Kummer gekostet hat und wie gerade die Beamten die darunter zu leiden haben.“

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Freitag 19. Donnerstag 1 Uhr große allgemeine Versammlung in den Germania-Hallen, Chausseestraße 114, Dr. Heine Vorhoff führt über: „Wesen und Ziel des Arbeitsrechts“. Neue Beteiligung wird erwartet.

Einwanderer. Donnerstag vormittag 11 Uhr im Bürgerheim, Alte Schönehauser Straße 24, bei Schreiber, Versammlung sämtlicher Einwanderer. Bekämpfung des Scheiterns bringt erforderlich, da der Ansozialismus die Arbeitsteilung wird erwartet.

Einwanderer. Donnerstag vormittag 11 Uhr im Bürgerheim, Alte Schönehauser Straße 24, bei Schreiber, Versammlung sämtlicher Einwanderer. Bekämpfung des Scheiterns bringt erforderlich, da der Ansozialismus die Arbeitsteilung wird erwartet.

Einwanderer. Donnerstag vormittag 11 Uhr im Bürgerheim, Alte Schönehauser Straße 24, bei Schreiber, Versammlung sämtlicher Einwanderer. Bekämpfung des Scheiterns bringt erforderlich, da der Ansozialismus die Arbeitsteilung wird erwartet.

Einwanderer. Donnerstag vormittag 11 Uhr im Bürgerheim, Alte Schönehauser Straße 24, bei Schreiber, Versammlung sämtlicher Einwanderer. Bekämpfung des Scheiterns bringt erforderlich, da der Ansozialismus die Arbeitsteilung wird erwartet.

Wetter bis Donnerstag mittag. Zeitweise etwas neblig, sonst trocken und vielfach heiter, in den Witterungsstunden ziemlich mild, in der Nacht zu Donnerstag sehr kühl und im Osten und Süden stellenweise leichter Frost.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Wiese, Berlin; für Anzeigen: H. Wiese, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. E. W. Singer & Co., Berlin, Emdenstr. 3.

25% weniger Gas
verbrauchen Sie durch Spar-Glühkörper
DEGEA
AUERLICHT GESELLSCHAFT M.B.H. BERLIN O-17

Automobilisten und Radfahrer! Der Staub der Landstraße ist belästigend und schädlich. Er reizt die Schleimhäute und begünstigt Entzündungen und Erkältungen. Schützen Sie sich durch PASTAVIN-Pastillen, dem bewährten Vorbeugungsmittel. Sie sind angenehm von Geschmack und greifen den Regen nicht an. Den ersten Forschern warm empfohlen. Erhältlich in Apotheken und Drogerien.

S. ADAM
Anzüge
Für die Schule

Ullsters